

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEP, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Ztg.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamstr. 27. I. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz. Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Patzreihe oder deren Raum 30 Fl., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsauszüge 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mittelungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperren und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**.

Alle an den Ausschuß zu richtende **Beschwerden** und sonstige **Zuschriften** sind an **Richard Hiekman**, Dresden, Rabenauerstr. 25 zu adressieren.

Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wilh. Brall**.

Alle den **Senfelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen** an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten: **Berlin N. 28, Anklamerstr. 27 I.**

Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Vermittlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion:**

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 8.

Alle **Annoncen**, Aenderungen und Reklamationen über die Zustellung der Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition:**

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr.

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Präkommission**, z. H. **Artur Haring, L.-Anger, Robbachstr. 3 III** Der **Hauptvorstand**.

Ferienbewilligungen.

Lahr. Die Firma **Pfisterer & Leser** hat sämtlichen Lithographen und Steindruckern sowie einem Teil der Hilfsarbeiter in diesem Jahre wieder 6 bzw. 3 Tage Ferien bewilligt.

Gesperrt.

Stellungsannahme in allen folgenden

Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitnachweis bei **S. Herrmann**.

Angerer (für Kupferdrucker).

Eltville. **Fischer & Co.**

Köln a. Rh. **Witte & Co.**

Kötzschenbroda bei Dresden. **Robert Mittelbach**, Kunstanstalt Globus (für alle Berufsgruppen).

Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, **Iah. Hölcher & Breimer** (für Tapetendrucker).

Lichtenberg (Oberfranken).

Für Chemigraphen:

Berlin.

Chemnitz. **A. Jülich; Köhler & Richter.**

Dresden. **Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert.**

Leipzig. **Mejo & Springer.**

Stuttgart. **Gehr. Rößle.**

Im Ausland:

Belgien. In der Firma **La Lithographie Artistique, Descelée De Brouwer Cie**, Brüges sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma, die unter dem Namen **Desire Coussement**, rue Besme 41, Brüssel, Steindrucker suchen wird, ist gesperrt.

Dänemark. **Alfred Jakobsen-Kopenhagen-Bülöwvey** (Kupferdr. u. Chem.).

Holland. **Krommenie: Verwers Metaal-drukkery** (Lithogr. und Steindr.).

Oesterreich. Vorarlberg.

Lemberg.

Krakau. Firma **Zorza**.

Guntramsdorf bei Wien. Wegen Tarifbewegung für Formstecher gesperrt.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts. Rundschau. Zur Reichsversicherungsordnung, I. Der Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise. Briefkasten. — **Allgemeines:** Neue Zollverfahren. Bezirkstag Südbayern. Ortsberichte: Dresden. — **Der Lithograph:** Die Arbeitsmuster der Lithographen. — **Die photo-mech. Fächer:** Ueber Lehrlingsausbildung. Aus den Sektionen: Berlin (Chemigr.), Leipzig (Lichtdr.), München (Chemigr.). — **Die Tapetenbranche:** Mehr Energie! Aus den Sektionen: Altona-Ottensen, Leipzig. — **Fauleton:** Die Entwicklung der europäischen Gesellschaft, I (Schluß). Eingänge. Vermischtes. — **Anzeigen.**

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts.

Die alljährlichen Geschäftsberichte des Reichsversicherungsamtes, der obersten Instanz in allen aus der Unfall- und Invalidenversicherung entspringenden Angelegenheiten und Streitfällen, verdienen das Interesse der gesamten Arbeiterschaft. Schwebt doch die Gefahr, einem Unfall zum Opfer zu fallen oder invalid zu werden, dauernd wie ein Damoklesschwert über dem Haupte jedes Arbeiters, dem daher auch die Anwendung und Auslegung der ihm durch die Versicherungsgesetzgebung gegebenen Rechte nicht gleichgültig sein darf. Die Tätigkeit des Reichsversicherungsamts, dem diese Anwendung und Auslegung zusteht, im vergangenen Jahre spiegelt sich wieder in seinem schon vor einigen Wochen erschienenen Geschäftsbericht, dessen Würdigung uns leider erst heute möglich ist.

Einen Begriff von dem Umfang der Geschäfte des Amtes gibt schon die Zahl seines Personals. Die Beamtensziffer stieg von 412 auf 417, die Zahl der Unternehmer- und Arbeiterbeisitzer von je 130 auf je 132, die Zahl der richterlichen Beisitzer und Hilfsrichter von 88 auf 99.

Zur Durchführung der **Unfallversicherung** bestanden 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 673118 Betrieben und 9018367 Versicherten, 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit 4710401 Betrieben

und 11189071 Versicherten und 540 Ausführungsbehörden mit 964589 Versicherten. Die Gesamtzahl der Versicherten stieg von ca. 20700000 auf 21172000. Für Unfallrenten und sonstige Entschädigungen wurden insgesamt 157488494 Mk. ausbezahlt gegen 150769595 Mk. im Jahre 1907.

Diese Summen klingen so gewaltig, daß die herrschenden Klassen gern vor dem Ausland mit ihnen prunken. Tatsächlich decken sie doch aber nur die ungeheuren Gefahren auf, denen die Arbeiterschaft bei ihrer Arbeit im Dienste des Kapitals ständig ausgesetzt ist. Wer in den Betrieben seine Gesundheit einbüßt, muß entsprechend schadloß gehalten werden. Die Hinterbliebenen dessen, der im Joche des Kapitalismus sein Leben opferte, müssen unterstützt werden. Das fordert schon die Gerechtigkeit und der gesunde Menschenverstand. Und schaffen nicht die Arbeiter in der Hauptsache selbst die Werte, die zur Rentengewährung benötigt werden? Scheinbar zahlt die Beiträge zur Unfallberufsgenossenschaft der Unternehmer ganz aus seiner Tasche. Aber hat er sich diese nicht vorher durch den aus der Arbeit »seiner« Arbeiter gewonnenen Mehrwert vorgestopt? Die Herren haben also gar keine Ursache, sich aufs hohe Roß zu setzen und mit der sozialen Fürsorge in Deutschland zu protzen.

Aber wie kläglich sieht es mit der Höhe der Beträge aus, die auf jede einzelne Person entfallen. Die Durchschnittssumme auf den Kopf aller aus der Unfallversicherung Unterstützten betrug 1908 ganze 137 Mk. Sie ist zwar gegen 1907 um volle 3 Mk. gestiegen, bleibt aber trotzdem lächerlich gering und vollständig ungenügend. Hinzu kommt, daß es dem Arbeiter ungemein schwer gemacht wird, überhaupt in den Genuß dieser »Fürsorge« zu treten. Die reichen Berufsgenossenschaften balgen sich mit dem armen Verunglückten fast um jeden Pfennig. Das zeigt uns gerade der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts.

Die Zahl der Rekurse betrug 22552 und stieg gegen 1907 um 29,8. Trotz dieser Steigerung hat die Rekurshäufigkeit im Verhältnis zur Zahl der rekursfähigen Schiedsgerichtsurteile etwas abgenommen. Während 1907 auf 100 rekursfähige Schiedsgerichtsurteile 27,99 Rekurse kommen, waren es 1908 nur 27,09. Von diesen entfielen auf die Versicherten 20,59 (1907: 20,88), auf die Berufsgenossenschaften 6,50 (1907: 7,11), so daß sich also bei den Versicherten sowohl wie bei den Berufsgenossenschaften ein Zurückgehen der Rekurslust bemerkbar machte; bei letzteren im Gegensatz zu 1907, in welchem sie gegen 1906 gestiegen war. Aus dem Jahre 1907 waren 10329 Rekurse als unerledigt übernommen worden, so daß im ganzen 32881 Rekurse 1908 zu erledigen gewesen wären. Es konnten aber nur trotz Erhöhung der Zahl der Sitzungen usw. 20664 Streitsachen erledigt werden. In das Jahr 1909 mußten insgesamt 12459 Rekurse und Anträge als unerledigt übernommen werden.

Beachtenswert ist die Tatsache, daß trotz der Abnahme der Verhältniszahl der Rekurshäufigkeit der Ausfall der Entscheidung für die Rekurkläger ungünstiger geworden ist. Das Reichsversicherungsamt erkannte auf Abänderung des Urteils der Vorinstanz, d. h. also der Schiedsgerichte, im Jahre 1907 in 27,5 Prozent, 1908 aber nur in 25,9 Prozent aller Rekursfälle. Unter 100 Urteilen des Reichsversicherungsamtes wurde das Schiedsgerichtskenntnis aufgehoben oder an die Vorinstanz zurückverwiesen: bei Rekursen der Versicherten 18,4 mal (1907 noch 20,0 mal), bei Rekursen der Berufsgenossenschaften 53,1 mal (1907: 53,7 mal). Von dem Zurückgehen der Erfolge ihrer Rekurse beim Reichsversicherungsamt wurden also die Rentenbewerber, die Versicherten weit schwerer betroffen wie die Berufsgenossenschaften, woraus nicht zu schließen ist, daß letztere tatsächlich mehr im Recht waren, sondern woraus nur ersehen werden kann, daß sie für die Durchsetzung ihres »Rechts« zur Renten-

quetschung« mehr aufzuwenden vermochten wie der klagende Arbeiter. —

Aus den Angaben des Berichtes über die *Invalidenversicherung* geht hervor, daß sich die Zahl der laufenden Renten seit 1900, also in 8 Jahren, fast verdoppelt hat. Sie betrug am 1. Januar 1909 995810, gegen 978960 am 1. Januar 1908, wird also im laufenden Jahre die erste Million überschreiten. Von den laufenden Renten waren 868086 Invaliden-, 19087 Kranken- und 108637 Altersrenten. Letztere gehen alljährlich stark zurück; im Jahre 1891, dem ersten des Inkrafttretens des Gesetzes, wurden über 12 mal soviel Altersrenten bewilligt wie in jedem der letzten 4 Jahre. Von 1891 bis zum Beginn des Jahres 1908 wurden 1501100385 Mk. als Entschädigungen aus der Invalidenversicherung ausgezahlt; Anfang 1907 waren es 1328209070 Mark, so daß die Gesamtsumme der Entschädigungen seit 1891 im Jahre 1907 um zirka 173 Millionen Mark stieg und 1½ Milliarden bereits überschritt, wozu das Reich nicht ganz ein Drittel, nämlich 485204487 Mk. als Zuschuß beigesteuert hat. Genaue Zahlen über die Entschädigungen aus der Invalidenversicherung im Jahre 1908 liegen noch nicht vor. Sie betragen einschließlich des Reichszuschusses von mehr als 50 Millionen Mark ungefähr 180 Millionen Mark, denen eine Beitragseinnahme von etwa 183 Millionen Mark, das sind ca. 5 Millionen Mark mehr als 1907, gegenübersteht. Das Vermögen stieg auf rund 1½ Milliarden.

Auch diese Ziffern erscheinen ganz enorm. Die ungeheuren Beitragssummen sind aber zur Hälfte ganz und gar von der Arbeiterschaft aufgebracht, während die vom Unternehmertum gezahlte Hälfte wie die Aufwendungen für die Unfallversicherung aus dem von den Arbeitern erzeugten Mehrwert und der Reichszuschuß aus den Steuern des ganzen Volkes fließt, von denen die Arbeiterschaft infolge der indirekten Besteuerung notwendiger Lebensmittel und Bedarfsartikel den Löwenanteil aufzubringen hat. Die herrschenden Klassen haben also auch in bezug auf die Invalidenversicherung keine Veranlassung, mit der »sozialen Fürsorge« zu protzen.

Auch in der Invalidenversicherung muß der Arbeiter oft einen schweren Kampf um die Rente führen. Von 380362 erteilten Bescheiden der Versicherungsträger (Landesversicherungsanstalten) wurde 1908 gegen 27487 (1907: 25923) Berufung eingelegt. Mit dem Ausgang dieser Berufungen an die Schiedsgerichte waren die Beteiligten in 6305 (1907: 5555) Fällen nicht einverstanden und legten Revisionen ein, so daß das Reichsversicherungsamt mit den aus dem Vorjahre als unerledigt übernommenen im Berichtsjahre 8971 Revisionen zu bearbeiten hatte. Erledigt wurden 6475 (1907: 6323), davon 5929 (1907: 5799) durch Urteil. Die vorinstanzliche Entscheidung wurde bestätigt in 4734 (1907: 4548) Fällen; 1004 (1907: 1078) Sachen wurden an die Vorinstanz zurückverwiesen und nur 191 (1907: 173) Revisionen führten zur völligen oder teilweisen Abänderung des Urteils. Davon waren zugunsten der Versicherten nur 34 oder 0,65 Proz. aller von ihnen eingelegten Revisionen, zugunsten der Versicherungsträger aber 157 oder 21,3 Proz.

Auch aus diesen Kätzbalgereien um die Invalidenrente, bei denen die siechen Arbeiter meist gegenüber den schwerreichen, aus den Opfern der Arbeiter gespeisten Versicherungsanstalten den Kürzeren ziehen, muß jeder Arbeiter lernen, wie notwendig es ist, sich eingehend mit den Arbeiterversicherungsgesetzen vertraut zu machen, um seine Rechte zu wahren und gegen jede Benachteiligung geschützt zu sein. Die Fehler und Mängel der Versicherungsgesetzgebung können nur durch die Arbeiter selbst bekämpft und beseitigt werden. Sie müssen ihre Reihen immer fester schließen und gestützt auf machtvolle Organisationen das fordern, was man ihnen freiwillig nicht geben will. Dem Sturm der Unternehmertums gegen jede Sozialgesetzgebung müssen wir ge-

schlossene Heerkörper entgegenstellen, die für den Ausbau und die Vervollkommnung der Versicherungsgesetze zu kämpfen verstehen. Dann wird die Regierung die Arbeiterforderungen erfüllen müssen, mag sie wollen oder nicht.

Rundschau.

Das *Zentralarbeitersekretariat* berichtet im Anschluß an den Bericht der Generalkommission, den wir in der vorigen Nr. besprachen, über seine Tätigkeit im Jahre 1908. Darnach haben sich die Geschäfte beträchtlich gesteigert. Die Zahl der dem Sekretariat zur Bearbeitung zugegangenen Unfall- und Invalidenstreitsachen stieg von 1352 im Jahre 1907 auf 1774, und die Zahl der eingeholten schriftlichen Auskünfte von 698 auf 887. Demgemäß erfuhr auch die Zahl der angefertigten Schriftsätze eine Steigerung von 1987 auf 2470 Infolge des vermehrten Geschäftsanfalles wurde in der Person des Genossen Teschner ein vierter Sekretär angestellt. Außerdem trat an die Stelle des zum zweiten Vorsitzenden der Generalkommission gewählten Genossen Bauer der Genosse Wissel in das Sekretariat ein. Einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fälle waren insgesamt 2172 Streitsachen zu bearbeiten, von welchen 1597 durch Urteil entschieden wurden. Von diesen Streitsachen betrafen 1480 Ansprüche auf Grund der Unfallversicherungsgesetze. In 580 Fällen wurde zugunsten, in 617 Fällen zugunsten der Verletzten entschieden. In 262 Fällen wurde die Vertretung wegen Aussichtslosigkeit des Anspruches abgelehnt. In 30 Fällen wurde der Rekurs zurückgezogen, und zwar in 10 Fällen von der Berufsgenossenschaft, in 20 Fällen von den Verletzten. Von den erledigten 117 Ansprüchen auf Invalidenrente mußten 20 wegen vollständiger Aussichtslosigkeit zurückgewiesen und 3 im Einverständnis der Versicherten zurückgenommen werden. Von den 84 vertretenen Revisionen wurden 38 Revisionen der Versicherten und 13 Revisionen der Landesversicherungsanstalt zurückgewiesen. Stattdessen wurde der Revision der Versicherten in 29, der Landesversicherungsanstalt in 14 Fällen. Der Bericht betont zum Schluß, daß sich die Erledigung der Arbeiten des Sekretariats beim Reichsversicherungsamt und den Schiedsgerichten ohne Schwierigkeiten vollzog.

Die *Zahl der Arbeitslosen im graphischen Gewerbe* am letzten Tage des 1. Quartals 1908 bezifferte sich nach dem Reichsarbeitsblatt beim Buchdruckerverband auf 1425 von 54009 Mitgliedern, beim Buchbinderverband auf 838 von 22679 Mitgliedern, beim Hilfsarbeiterverband auf 161 von 14066 Mitgliedern, bei unserer Organisation auf 1022 von 17240 Mitgliedern, beim Gutenbergbund auf 39 von 2902 Mitgliedern, beim Xylographenverband auf 8 von 507 Mitgliedern; beim Notenstecherverband waren durch verkürzte Arbeitszeit und Manuskriptmangel fast sämtliche 415 Mitglieder arbeitslos. Alle graphischen Verbände hatten also bei 111818 Mitgliedern am 31. März 1909 ca. 3900 Arbeitslose. Sie zahlten insgesamt im 1. Quartal 1909 an 13588 Mitglieder 307187 Mk. Arbeitslosenunterstützung aus, gegen 405592 Mk. an 14847 Mitglieder im 4. Quartal 1908. Die im 1. Quartal 1909 ausgezahlte Summe verteilt sich auf die einzelnen Verbände wie folgt: Buchdrucker 266437, Buchbinder 43365, Hilfsarbeiter 15163, Lithographen etc. 77105, Notenstecher 238, Xylographen 324, Gutenbergbund 4554 Mk. Auf 100 Mitglieder kamen im 1. Quartal 1909 bei den Buchdruckern 13,2 Fälle Arbeitslosigkeit (im 4. Quartal 1908: 15,0), bei den Buchbindern 16,2 (14,5), bei den Hilfsarbeitern 8,2 (9,9) und bei unserer Organisation 14,6 (17,0) Fälle von Arbeitslosigkeit.

Die *chromolithographischen Anstalten Deutschlands* hatten nach der Umfrage der Berliner Handelskammer im abgelaufenen Jahre einen unbefriedigenden Geschäftsgang zu verzeichnen. Man konnte die Verkaufspreise nicht auf der alten Höhe erhalten. Der Absatz nach Frankreich für Kalenderrückwände und Verlagsplakate mittleren Genres stockte nahezu vollständig, weil die dortige Industrie die Möglichkeit hatte, für billiges Geld sich die Benutzung der Urheberrechte an den in Deutschland geschaffenen Dessins zu sichern. Ein großer Nachteil droht sowohl in Oesterreich als auch ganz besonders in Deutschland dem Absatz von *Kalendern und Reklamewerken* durch die seitens vieler Detailverkaufs-Vereinigungen und Rabattparvenne getroffene Vereinbarung, wonach Gratis-Zugaben, insbesondere Kalender, am Schlusse des Jahres nicht mehr verteilt werden sollen. Die Ausfuhr nach Rußland und Italien blieb, besonders in billigeren Artikeln, erheblich gegenüber dem Vorjahre zurück; desgleichen war der Absatz nach Oesterreich und nach den Balkanländern gegen Ende des Jahres infolge der Balkanwirren teilweise ins Stockengeraten. Sehr erheblich zurückgegangen ist für einzelne Arten der Bedarf an *Ansichts- und Genrepostkarten*. Die Preise sind weiter gesunken und müssen zum Teil als durchaus unrentabel bezeichnet werden. Die Hauptabsatzgebiete, Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, zeigten auch die größten Ausfälle. Die Amerikaner haben in den letzten Jahren, durch die hohen Eingangszölle geschützt, große Fortschritte im Kunstdruck gemacht; dazu kommt, daß sie ohne jegliche Kosten jedes aus Deutschland importierte Dessin nachmachen können. Unter den verschiedenen Arten von Post-

karten ist eine Verschiebung insofern zu bemerken, als die immer mehr vervollkommnete Drel- und Vierfarbendruckreproduktion, die auf Buchdruckmaschinen von Buchdruckern ausgeführt wird, dem Steindruckgewerbe einen Teil der Arbeiten wegnimmt, die ihm früher zufielen. Der Absatz der Plakate hat sich schwierig gestaltet, vorderhand ist auch noch keine Aussicht auf merkliche Besserung vorhanden.

Ein *Buch- und Steindruckobermaschinenmeister* sucht im Klimsch'schen Anzeiger v. 11. Mai Stellung. Außer dem gesamten Gebiete des Steindrucks, wie: Chromo-, Merkantil-, Landkarten- und Wertpapierdrucke, beherrscht dieser Polytype-Obermaschinenmeister, nicht minder alle vorkommenden Illustrations-, Werk- und Prägedruckverfahren. So ein Tausendsaß! Jedem erfahrenen Druckerkollegen wird beim Lesen dieser Selbstempfehlung eine Gänsehaut über den Rücken gelaufen sein.

Die *junge Garde*. Unter dieser Überschrift macht Herr Richard Nordhausen im »Tag« vom 11. Mai gegen die freien Jugendorganisationen mobil. »Die Kadern der jungen Garde sind zerstört, hohe Politik dürfen die Halbwüchsigen wenigstens in öffentlichen Sälen, bei Bier und Zigarren, nicht mehr treiben«, triumphiert er. (Daß er von den Saufverbindungen der Herren jungen seiner Klasse auf die Arbeiterjugend schließt, die in ihren Organisationen stets gegen den Alkohol- und Nikotingenuß gewirkt hat, nimmt uns nicht weiter wunder; in seinen Kreisen kennt man's eben nicht anders!) Leider fällt in seine Freude ein bitterer Wehrmutstropfen, denn »die sozialistischen Jugendorganisationen stehen wie bisher und wachsen von Tag zu Tag«. Einzelne »Wohlvollende« und »Gutesinnige« im Bürgertum stemmen sich dem Verhängnis entgegen, soweit ihre geringe Kraft reicht. ... Leider bleibt es ein Krebs im Kleinen. Geld fehlt, Zeit fehlt, die großzügige Organisation fehlt. Das ist natürlich Unsinn. Die bürgerlichen Klassen haben schon lange vor der Arbeiterschaft die Organisierung der Jugend versucht, wobei es ihnen weder an Geld noch an Zeit zur Schaffung einer großzügigen Organisation, sondern einzig und allein an den Mitgliedern fehlte. Die bürgerlichen Ideale sind entweder in die Rumpelkammer gehängt oder zu leerem Schall, zu hohlen Phrasen geworden, die keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorlocken, geschweige denn die Arbeiterjugend begeistern können. Deshalb blieb dem heißen Bemühen des Bürgertums zur Gewinnung der Arbeiterjugend der große Erfolg, den jetzt die Arbeiterklasse hat, versagt. Das sieht auch scheint's Herr Richard Nordhausen ein, denn trotz allen Brimborlums, das er macht, um das Bürgertum aufzurufen, endlich »Hack« und »Spaten« zu nehmen und selber zu graben, ist seiner Weisheit letzter Schluß das Drehen des Schleifsteines: »Wir brauchen, dringender mit jedem Tag, das Reichsgesetz über die Organisation der Schulentlassenen, brauchen das Mittelglied zwischen Schule und Heer. Maulspitzen hilft uns hier nicht. Es muß endlich gepliffen sein.« Es genügt wohl, diese Scharfmachereien gegen die proletarische Jugendorganisation festzunageln, wobei höchstens zu bemerken wäre, daß das Volk ein ernstes Wort mitreden wird, wenn es jemandem einfallen sollte, das Pläncchen gegen die Arbeiterjugend in die Tat umzusetzen.

Laß sie doch quatschen! Der »Korrespondent« schreibt: Die liberalen Arbeitervereine Oberfrankens erleben einen »Auftritt an die Arbeiter«, in welchem für 1 Mk. Jahresbeitrag folgender Programmsatz zur Schau gestellt wurde: »Wir verlangen das Koalitionsrecht und die Koalitionsfreiheit. Wir wollen die Freiheit verteidigen.« Dazu ergab sich sodann aus einem Zwiesprache zwischen einem Fabrikantensohn und seinem Vater nachstehender Kommentar: »Siehste, die werden jetzt auch sozialistisch!« »Ah bah! sagte der Vater, »laß sie doch quatschen! Das verstehst du nicht!«

Die *amerikanischen Buchbinder*, die im Oktober 1907 für die achtstündige Arbeitszeit in den Kampf getreten sind, haben bisher große Erfolge aufzuweisen. Wenn früher die achtstündige Arbeitszeit selten war, so ist es jetzt selten, einen Betrieb zu finden, wo länger als 8 Stunden gearbeitet wird. Der Kampf hat bisher ca. 100000 Mk. gekostet.

Der *Streik der französischen Postbeamten*, von dessen bevorstehendem Ausbruch wir in der vorigen Nummer berichteten, ist inzwischen Tatsache geworden. Allerdings scheint dieser zweite Streik die Ausdehnung des ersten nicht zu erreichen. Aber er kann noch weitere Kreise ziehen. Wie der Sekretär des Verbandes der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter erklärte, hat das Komitee der Leitung beschlossen, im Notfall einen Generalstreik der Staatsarbeiter zur Unterstützung der Postbeamten zu organisieren und möglichst auch die Mitglieder der Arbeitersyndikate der Privatindustrie mit hineinzuziehen. Ganz ausgeschlossen sind also Weiterungen nicht, da auch die Maßregelungen der Beamten durch die Regierung im gesamten Proletariat große Erbitterung hervorgerufen haben.

Das *Wiedererwachen der russischen Gewerkschaftsbewegung*. Trotz der brutalen Vernichtung des größten Teils der russischen Gewerkschaften im Jahre 1907/08 und dem Rückgang der erhalten gebliebenen Verbände macht sich seit Beginn dieses Jahres in Petersburg und zum Teil

auch in der Provinz eine gewisse Belebung der Gewerkschaftsbewegung bemerkbar. Zurückzuführen ist das einerseits auf den inneren Kristallisierungsprozeß der bestehenden Gewerkschaften und andererseits auf die rege Diskussion der Fragen der Arbeitergesetzgebung, die aus Anlaß der Regierungsvorlagen über Arbeiterversicherung in den Gewerkschaften begonnen hat. Ein charakteristisches Anzeichen der eingetretenen Belebung ist das Wiedererscheinen einer ganzen Reihe von Gewerkschaftsblättern. Im Herbst 1908 schienen es, als sei die Gewerkschaftspresse überhaupt von der Bildfläche verschwunden. Nun erscheinen in Petersburg »Der Gewerkschaftsbote« (nach neunmonatiger Unterbrechung), »Die Einheit« (Organ der Metallarbeiter), »Die Buchdruckersache«, »Der Lederarbeiter«; in Moskau »Der Handelsangestellte«; in Charkow »Die Stimme der Arbeit«; in Baku »Der Gewerkschaftsbote von Baku« (an Stelle der eingegangenen »Fabrikpfeife«) usw. Alle diese Blätter sind trotz der Ungunst der Verhältnisse den Traditionen der russischen Gewerkschaftspresse treu geblieben, stehen auf dem Boden der Marxistischen Weltanschauung und sind bestrebt, den Klassencharakter der bestehenden Gewerkschaft aufrecht zu erhalten. — Das Bild, das diese Blätter von dem jetzigen Stande der Gewerkschaftsbewegung entwerfen, ist im allgemeinen sehr trübe. In vielen Verbänden und Branchen wird eine fortgesetzte Verschlechterung der Organisationsverhältnisse und Arbeitsbedingungen registriert. In der Provinz, wo die Arbeiter weniger diszipliniert und weniger geübt sind im Kampfe gegen die polizeilichen Schikanen und Vergewaltigungen, gehen die Verbände entweder ein oder fristen ein kümmerliches Dasein. Fast alle Korrespondenten konstatieren hierbei, daß der Niedergang der Gewerkschaften nicht nur eine Folge der administrativen Verfolgungen, sondern vor allem eine Folge der industriellen Krise und der Apathie der Massen sei, welche — wie in vielen Ländern nach dem ersten vorübergehenden Aufblühen der Gewerkschaftsorganisationen — den Glauben an die Macht der Gewerkschaften verloren haben. Indessen macht sich neben diesen Tendenzen auch eine andere bemerkbar, die auf die innere Festigung der Verbände hinweist. K. Dmitrijew, einer der besten Kenner der russischen Gewerkschaftsbewegung, weist in seinem Artikel: Die Budgets der Petersburger Gewerkschaften im Jahre 1908 (»Gewerkschaftsbote No. 22), auf die bedeutsame Tatsache hin, daß die Einnahme der Verbände (die dank der Abnahme der Mitgliederzahl ziemlich bedeutend sanken) zu vier Fünfteln aus Mitgliederbeiträgen bestanden. Diese Erscheinung stellt eine charakteristische Eigenschaft des verflochtenen Jahres dar. Das Einnahmehudget stützt sich in einem ungleich größeren Maße als früher auf regelmäßige und nicht zufällige Beiträge. Die russischen Gewerkschaften haben zwar aufgehört, Massenorganisationen wie im Jahre 1906/07 zu sein. Ihre Mitgliederzahl hat nicht nur infolge der Repressalien, der Massenflucht der Unauferklärten enorm abgenommen, sondern auch infolge des Ausschlusses der vielen Hunderte von nominellen Mitgliedern, die keine Beiträge zahlten. Aber die Elemente, die sich jetzt um die Gewerkschaften scharen, bilden ein zuverlässiges, wohl diszipliniertes Kontingent, das sich in dem zweifelhaften Existenzkampf, in der Kleinarbeit des Tages zu der Erkenntnis durchgerungen hat, daß die Gewerkschaftsorganisation um jeden Preis erhalten werden muß. Das innere Leben der Gewerkschaften hat dank der regen Diskussion über die Arbeitergesetzgebung viel an Interesse gewonnen. Alle Gewerkschaftsblätter bringen eingehende Artikel über die Reglementarvorlagen, und in allen Petersburger Verbänden werden die Vorlagen einer gründlichen Kritik unterworfen. Die Leitung dieser Diskussion liegt in den Händen des Petersburger Zentralbüros, das eine Reihe von Thesen über Arbeiterversicherung ausgearbeitet hat. Da der Petersburger Stadthauptmann sich genötigt sah, die Erörterungen dieser Fragen auf den Gewerkschaftsversammlungen zu genehmigen, so hat die Diskussion in den weitesten Kreisen der Petersburger Arbeiterschaft Widerhall gefunden und eine bedeutende agitatorische Wirkung ausgeübt. Mit regem Interesse wurden in den Gewerkschaften dergleichen die Fragen erörtert, die auf der Tagesordnung des unlängst in Moskau stattgefundenen Kongresses der Fabrikärzte standen, an welchem auch die Delegierten der Petersburger und Moskauer Gewerkschaften teilnahmen.

Zur Reichsversicherungsordnung.

Von K. Möbinger.

I.

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung bringt nicht eine einheitliche Organisation der verschiedenen Versicherungszweige, er schafft nur einen einheitlichen örtlichen Unterbau und einen einheitlichen Rechtsweg. Nach den Motiven, die zu der Vorlage gegeben sind, stellen sich einer einheitlichen Organisation zurzeit noch unüberwindliche Hindernisse in den Weg. Eine Hinausschiebung der Reform, bis etwa zu einem Zeitpunkt, wo geeignete Grundlagen zu dem Bau einer einheitlichen Organisation vorhanden sein könnten, soll aber nicht angängig sein, und zwar aus verschiedenen Gründen. Zunächst kommen versicherungstechnische Fragen in

Betracht, die einer dringenden Lösung bedürfen, wie z. B. die Zersplitterung im Krankenkassenwesen. Dann aber auch wird es noch sehr, sehr lange währen, bis die Widerstände aus Kreisen der Versicherungsträger usw. gegen eine Vereinheitlichung der verschiedenen Versicherungszweige beseitigt sind. Als wichtigstes Moment kommt aber folgendes in Betracht: Das Zolltarifgesetz hat in seinem § 15 festgelegt: »Der auf den Kopf der Bevölkerung des Deutschen Reiches entfallende Nettozollertrag der nach den Tarifstellen 1, 2, 102 usw. des Zolltarifs zu verzollenden Waren, welcher den nach dem Durchschnitt der Rechnungsjahre 1898 bis 1903 auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Nettozollertrag derselben Waren übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden.«

Weiter ist bestimmt: »Wenn bis zum 1. Januar 1910 ein die Witwen- und Waisenversorgung regelndes Gesetz nicht in Kraft getreten ist, dann sind die angesammelten Mehrerträge aus den Brotzöllen den einzelnen Versicherungsanstalten zum Zwecke der genannten Versicherung zu überweisen.« Die Reichsregierung ist also gebunden! Entweder muß bis zum 1. Januar 1910 die Witwen- und Waisenversicherung in Kraft getreten sein, oder sie muß die angesammelten Erträge aus der Mehrzollbelastung den Versicherungsanstalten überweisen. So geringfügig nun auch diese Mehrzollerträge aus den Brot- und Hungerzöllen sind, so schwer ist es — nach den Motiven zur Gesetzesvorlage —, den richtigen Ueberweisungsmodus an die Versicherungsanstalten zu finden. Unseres Erachtens würde allerdings auch gar nichts damit geschaffen sein, wenn den Versicherungsanstalten die geringfügigen, verfügbaren und verfügbar werdenden Mittel zum Zwecke der Schaffung einer Witwen- und Waisenversorgung überweisen würden. Eine derartige Versicherung bedarf einer einheitlichen gesetzlichen Regelung umso mehr, als von einem hohen sozialen Geiste, der die Versicherungsanstalten beherrsche, keineswegs gesprochen werden kann. Es werden also alle Hebel daran gesetzt werden, um die Versicherungsreform bis zum 1. Januar 1910 möglichst unter Dach und Fach zu bringen. Der Arbeiterschaft wird unter Umständen also nur sehr kurze Zeit bleiben, um gegen die mit der Reform verbundenen Gefahren zu protestieren!

Wie nun die Witwen- und Waisenversicherung aussehen wird, das werden wir in einem der nächsten Artikel kennen lernen, für heute sei nur konstatiert, daß die Geschichte furchtbar mager ausfallen wird, z. B. soll die Witwenrente nur *invaliden* Witwen gewährt werden. Außerdem erhält die Invalidenversicherung eine freiwillige Zusatzversicherung. An den Bestimmungen der Unfallversicherung wird nichts gebessert; einig sehr erhebliche Verschlechterungen sind natürlich geplant.

Die wesentlichste Besserung, die der neue Gesetzesentwurf bringt, ist die Vereinheitlichung des Rechtsweges. Bis jetzt kommen eine ganze Zahl verschiedener Rechtswege in Betracht, die zu einer großen Verwirrung Anlaß geben. In der Krankenversicherung kommen die Aufsichtsbehörden (kommunale und staatliche Verwaltungsbehörden), dann die ordentlichen Gerichte (Amts- und Landgerichte) in Frage. In der Unfallversicherung entscheiden als Spruchinstanzen Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt. In der Invalidenversicherung kommen die unteren Verwaltungsbehörden wie auch Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt in Betracht. Das Reichsversicherungsamt oder die Landesversicherungsämter, sind zugleich Aufsichtsbehörden. Bei Streitigkeiten zwischen verschiedenen Versicherungsträgern, und auch Verletzten, kommen noch die höheren Verwaltungsbehörden in Betracht. Damit sind alle Instanzen noch nicht erschöpft. Die neue Vorlage will nun an Stelle dieser verschiedenen Instanzen und Rechtswege ein einheitliches Verfahren in einheitlichem Rechtsweg unter Mitwirkung der Versicherten und Arbeitgeber setzen. Zweifellos liegt in diesem Plane ein großer Vorteil. Auf seine Mängel werden wir in der speziellen Abhandlung einzugehen haben.

Mit der Schaffung eines einheitlichen Rechts- und Instanzenweges ist die Einrichtung eines örtlichen Unterbaues für die verschiedenen Versicherungsarten Hand in Hand gegangen. Dieser örtliche Unterbau gewinnt dadurch besondere Bedeutung für die Versicherten, als damit deren Einwirkung auf Gewährung und Entziehung von Unfallrenten gegeben ist. Der örtliche Unterbau und die weiteren Instanzen, zugleich als Spruchinstanzen im Rechtsweg, geben den Versicherten auch Gelegenheit, in der Rechtsprechung aus der Krankenversicherung mitzuwirken. Auch dieses ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil! Als großer Nachteil muß es dagegen empfunden werden, daß das Rekursverfahren in Unfallprozessen beseitigt werden soll. Das viel schlechtere Revisionsverfahren soll an dessen Stelle treten. Die Besetzung der Spruchinstanzen und speziell das Wahlverfahren zu diesen kann durchaus nicht befriedigen, darüber haben wir uns in den weiteren Artikeln ebenfalls zu unterhalten.

Wie schon öfters in der »Gr. Pr.« ausgeführt wurde, wird in der Krankenversicherung eine ganz erhebliche Verschlechterung, nämlich die Beschneidung des Selbstverwaltungsrechtes der Versicherten, Platz greifen. Hiergegen heißt es nun *sich mit aller Kraft zu wehren*. Die Maßnahmen zur Beseitigung der Zersplitterung im Krankenkassenwesen, wie sie

der Entwurf vorsieht, sind durchaus ungenügend. Die Wünsche der Scharfmacher haben bis jetzt den Sieg davongetragen. Für die Landarbeiter und Dienstboten wird endlich der reichsgesetzliche Versicherungszwang eingeführt. Die Art der geplanten Versicherung und deren Verwaltungseinrichtungen ist aber unter aller Kritik.

So bringt der sehr umfangreiche Entwurf neben einem kleinen Teil von Verbesserungen ganz erhebliche *Verböserungen*. Von einem großzügigen Gedanken, der einheitlich möglichst Vollkommenes schaffen will, kann ganz und gar keine Rede sein. Die Arbeiterschaft verlangt einheitliche Organisation aller Versicherungszweige auf Grund großer lokaler Zwangsorganisationen unter dem Selbstverwaltungsrechte der Versicherten. Die Arbeiterschaft verlangt weiter einheitlichen und sicheren Schutz für Arbeitende und deren Angehörige — keine Beteiligungen! Und die Zeit wird kommen, wo auch dieses berechtigte Verlangen erfüllt wird. Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung zeigt aber höchstens die ersten Schritte zu diesem Ziele.

Möge die gesamte Arbeiterschaft dem sogenannten Reformwerk das größte Interesse entgegenbringen; möge sie mit allem Nachdruck und in voller Kraft verlangen, daß nicht *Verschlechterung*, sondern wirkliche *Verbesserung* in der sozialen Gesetzgebung Platz greift. Eine *machtvolle* Agitation wird ihren Zweck nicht verfehlen.

Das eine sei aber schon jetzt gesagt: Die erheblichen Verschlechterungen, welche der Entwurf in bezug auf das *Selbstverwaltungsrecht* mit sich bringt, machen denselben für die Arbeiterschaft völlig *unannehmbar!*

In den nächsten Artikeln besprechen wir den Entwurf in seinen einzelnen Teilen.

Der Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise.

Obwohl der Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise zu jeder Zeit wahrnehmbar ist, so tritt er aber doch in Krisenzeiten am offenbarsten in die Erscheinung. Fühlbar freilich macht sich dieser Widersinn nur der arbeitenden Klasse. Die Kapitalistenklasse wird davon nicht berührt. Sie und die bürgerlichen Nationalökonomisten sind ja der Meinung, daß in der kapitalistischen Welt alles wohlbestellt, gut geordnet und sachgemäß fundiert ist und die kapitalistische Entwicklung der Gipfel aller Kultur sei, woran nicht gerüttelt werden dürfe. Das Massenelend, das der Kapitalismus erzeugt, berührt diese großen Geister nicht. Hat doch einer derselben, der englische Nationalökonom Malthus, der ein bibelfester Geistlicher war, das harte, kaltherzige Wort niedergeschrieben: »Wer in einer bereits in Besitz genommenen Welt geboren wird, hat, wenn er die Mittel zu seiner Existenz weder von seinen dazu verpflichteten Verwandten noch durch Arbeit finden kann, durchaus kein Recht auf Ernährung; tatsächlich ist er überflüssig auf der Welt. An dem großen Bankett der Natur ist für ihn kein Kuvert aufgelegt. Die Natur befiehlt ihm, sich zu entfernen, und sie säumt nicht, diesen ihren Befehl auszuführen.« Dieser Ausspruch zeugt von einer recht rohen Gesinnung und er war nur den englischen Kapitalisten zuliebe geschrieben, um deren Vorgehen zu rechtfertigen, als sie durch Einführung von Maschinen in der Baumwoll- und Leinenindustrie Zehntausende von Arbeitern brotlos machten. Dem brotlos gewordenen Arbeiter würde also bedeutet, daß er sich, da ihm keine Subsistenzmittel zur Verfügung stehen, ganz einfach aus der Welt zu begeben habe. Er hat auf dieser nichts mehr zu suchen. Und wenn er es nicht freiwillig tut, dann wird ihn das Elend schon zeitig genug umbringen. Also: Sei so gut und entferne dich! Störe uns nicht in der Verdauung! Das ist die wahre Tendenz der kapitalistischen Produktionsform gegenüber dem Arbeiter; wenn sie auch nicht mehr so unverblümt in die Welt hinausposaunt wird und nicht mehr so rücksichtslos allgemeine Anwendung findet.

Aber tatsächlich liegen die Verhältnisse heute noch ebenso als damals, da Malthus obige Worte niederschrieb. Mag nun die Arbeitslosigkeit durch Einführung verbesserter Maschinen und Werkzeuge oder durch eine allgemeine Geschäftsstockung überhaupt herbeigeführt werden, für den brotlos gewordenen Arbeiter hat der Kapitalismus nichts übrig. Sieh' wo du bleibst! ist auch jetzt noch seine Parole. Während die Arbeiter nicht inzwischen zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde gekommen und hätten sie sich nicht organisiert und durch den Ausbau der Unterstützungskassen Vorsorge getroffen, wahrhaftig, mancher arbeitslose Kollege wäre in der jetzigen Zeit, wo wir wieder einmal eine geschäftliche Krise durchzukosten haben, recht schlimm daran.

Und hier zeigt sich nun so recht der Widersinn der kapitalistischen Produktionsweise. Während nämlich in den Zeiten der Prosperität, wenn der Handel blüht und im gewerblichen Leben alle Hände voll auf beschäftigt sind, der Arbeiter seinen Lebensunterhalt einigermaßen bestreiten kann, ändert sich das aber von Grund aus, sobald eine Geschäftsstockung eintritt und er arbeitslos wird. Für den Arbeiter hat ja eine Geschäftsstockung, verbunden mit Arbeitslosigkeit, eine ganz andere Bedeutung als für den Kapitalisten. Verringern sich auch

dessen Einnahmen durch Sinken des Profits und Herabgehen des Zinsfußes und der Dividenden, so hat das auf seine gesamte Lebensführung so gut wie gar keinen Einfluß. Einschränkungen irgend welcher Art, soweit sie sein lebliches Wohl betreffen, wird er sich in keinem Falle unterlegen. Ganz anders liegt die Sache beim Arbeiter. Mit dem Eintritt der Arbeitslosigkeit fällt der Verdienst weg und damit ist zugleich eine Herabsetzung des Lebensunterhaltes verbunden. Diese ist aber nicht etwa eine Folge eines Mangels an Produkten, die zum Lebensunterhalt nötig sind, sondern nur deshalb muß der Arbeiter seine Bedürfnisse einschränken, weil er keine Mittel hat, Waren zu kaufen.

Die Klassiker der Nationalökonomie (Smith, Malthus, Ricardo, Say) behaupten allerdings, die Erde bringe nicht genug Güter hervor, um alle Menschen reichlich zu nähren, zu kleiden usw., und so fänden Not und Elend ihre Erklärung. Sie wären dazu da, um einer allzu raschen Vermehrung der Menschen vorzubeugen. Es sei also eine ganz weise Einrichtung, ein Gesetz der Natur, daß zahlreiche Menschen aus Not und Elend zugrunde gehen, damit keine Übervölkerung eintrete. Das ist nun eine Behauptung, die wohl den Kapitalisten angenehm in die Ohren klingt, weil sie ihr Treiben damit rechtfertigen können. Aber bei dem aufgedeckten Arbeiter keinen Glauben findet.

Wie entsteht denn eine Krise, eine allgemeine Geschäftstrocknung? Sie kommt daher, weil in der Zeit der Prosperität, des allgemeinen Aufschwunges, eine fieberhafte Tätigkeit entfaltet wird. Jeder, der fabriziert, beeilt sich, sein Produkt so rasch als möglich auf den Markt zu bringen. Da nun die Produktion ganz planlos, ohne jede Uebersicht und ohne Rücksicht auf den Bedarf betrieben wird, so strömen jetzt von allen Seiten Waren zusammen. Aber schließlich zeigt es sich, daß weit über den Bedarf hinaus produziert worden ist. Der Konsum stockt, die Waren häufen sich an, bleiben in den Magazinen und Lagerhäusern liegen — die Krise ist da, der Arbeiter wird entlassen. Und nun zieht er hungrig und in abgerissenen Kleidern von Straße zu Straße, von Ort zu Ort und sieht, wie die Verkaufsläden vollgestopft sind von Waren aller Art, die nur auf Käufer warten; und Bäcker und Fleischer möchten gern noch einmal soviel Ware an den Mann bringen, als sie in Wirklichkeit absetzen. Darin steckt der große Widersinn der kapitalistischen Produktion: Auf der einen Seite Massenanhäufung von Waren, auf der anderen Seite Massenelend, weil die Mittel zur Erwerbung der Waren fehlen.

Allmählich gehen ja die Waren ab und dann wiederholt sich dasselbe Schauspiel: fieberhafte Tätigkeit, dann Stockung und so fort bis ins Unendliche. — Es ist ganz ausgeschlossen, daß unter der kapitalistischen Produktion eine Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse eintreten kann. Ihrem innersten Wesen nach ist sie nur darauf angelegt, Profit zu erzeugen. Marx drückt dies in seinem Buche »Das Kapital« mit folgenden Worten recht drastisch aus: »Kapital flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen Horror (Abscheu) vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Proz. es wird lebhaft; 50 Proz. positiv waghalsig; für 100 Proz. stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Proz. und es gibt kein Verbrechen, das es nicht riskiert; selbst auf die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, wird es sie beide »encouragieren« (ermutigen).«

Es ist ja nicht zu leugnen, daß der Kapitalismus die wirtschaftliche Entwicklung rasch vorwärts gebracht hat, aber der Menschheit leibliches und geistiges Wohl hat dabei nichts profitiert. Abgelebte und abgehetzte Gestalten bevölkern die großen Industriezentren und legen Zeugnis ab von der verderblichen Wirkung einer Produktionsform, bei der nur wenige ihr Gedeihen finden.

Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, wirksam einzugreifen und auf die Beseitigung einer produktionsweise hinzuwirken, deren Widerstand offen zutage liegt. Nur erst, wenn die Warenerzeugung, die Herstellung der Bedarfsartikel für den Menschen: Nahrung, Kleidung, Wohnung usw., in der Weise ihre Regelung findet, daß die Herstellung dem Bedarf angemessen ist und der Ertrag jedem zugänglich ist und jeder erhält, was er vernunftmäßig bedarf, dann erst wird der Widerstand aus der Produktionsform verschwinden und eine sinnvolle Wirtschaftsweise Platz greifen. Die gegenwärtige ist es aber nicht!

Briefkasten der Redaktion.

Die allmonatliche »Soziale Rundschau«, die in dieser Nummer getalgig wäre, fällt in diesem und im kommenden Monat aus. Dafür beginnt in der vorliegenden Nummer eine eingehende Besprechung des Entwurfs zur Reichsversicherungsordnung. — C. H., D. Sie haben Anspruch auf beide Versicherungsarten, und zwar insgesamt bis zu dem Betrage, zu dessen Bezug in Form von Arbeitslosen-, Reise- und Umzugsunterstützung Sie je nach der zurückgelegten Karenzzeit berechtigt

sind. Wenn Sie zwecks Annahme einer neuen Stellung Ihren Wohnort wechseln, ohne vorerst Ihren Haushalt mitzunehmen, erhalten Sie die statistische Reiseunterstützung. Die Umzugsunterstützung wird ausbezahlt, sobald Sie Ihren ganzen Haushalt nach Ihrem neuen Wohnort verlegt haben, auch wenn diese Verlegung erst mehrere Monate nach Ihrer persönlichen Uebersiedlung erfolgte.



Allgemeines.

Teil für die
gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Neue Zollgefahren!

Nicht genug, daß der Export in lithographischen Produkten nach den Vereinigten Staaten durch den dort zur Beratung stehenden Zolltarif völlig unterbunden zu werden droht, scheint es auch so, als ob sich das Sprichwort von dem Unglück, welches nie allein kommt, auch diesmal in seinem ganzen Umfang bestätigen wolle. Vor einiger Zeit teilten wir schon mit, daß auch Frankreich an einer Revision seiner Zölle arbeite, und daß dabei die lithographischen Produkte ebenfalls mit zur Ader gelassen werden sollen. Jetzt kommen die Nachrichten aus Schweden, die dasselbe für den lithographischen Export nach dem nordischen Reiche mitteilen!

Die Vorbereitung der schwedischen Zolltarifrevision ist beendet und der revidierte Tarif von der für diesen Zweck eingesetzten Spezialkommission in den letzten Tagen auch schon angenommen worden. Da die schwedische Reichstagsession schon in den nächsten Tagen ihr Ende erreicht und der Tarifentwurf vom Reichstag erst zu Beginn der neuen Session im Januar 1910 beraten werden soll, sollte der Entwurf bis dahin streng vertraulich behandelt werden. Es ist aber nicht bei der Vertraulichkeit geblieben, oder vielleicht ist irgend jemand zu vertraulich geworden, kurz und gut, es sickern jetzt schon einzelne Bestimmungen und Zollsätze an die Öffentlichkeit. Unbedingt sicher ist die Erhöhung auf chemische Fabrikkate, Konfektionen, Maschinen, Metallwaren, lithographische Produkte, Tabakfabrikate usw. In den genannten Waren ist der Zoll, wie die Kölnische Zeitung telegraphiert bekommen hat, »erheblich« erhöht worden. Also wieder lithographische Produkte und ebenfalls Tabakfabrikate, deren hohe Verzollung sich ja zuerst an Sparsamkeit in Packungen bemerkbar macht.

So steht unsere graphische Industrie jetzt in einem außerordentlich schweren Existenzkampf. Das Traurige dabei ist, daß der Kampf von Anfang an als verloren erscheinen muß. Es sind die Hochschutzzollsünden der deutschen Regierung, der Reichstagsmehrheit, die die graphische Industrie jetzt mit einem Teile ihrer Lebensfähigkeit bezahlen soll. Eine Tatsache, die so manchem Kollegen vielleicht die Augen über den Wert seiner Stimme bei Wahlen öffnet und die ihn auf die Notwendigkeit hinweist, auch in politischen Fragen die Augen offen zu halten.

Bezirkstag in Augsburg des Bezirkes Südbayern am 11. und 12. April 1909.

Kollege Gilden-Augsburg eröffnet um 9 Uhr mit der üblichen Begrüßung den Bezirkstag. Zu diesem wurde auch der Bezirksvorstand von Nürnberg eingeladen, der den Kollegen Reiß delegiert hat. Bei dessen Begrüßung durch Kollegen Wassermann wird der Wunsch ausgedrückt, daß sich beide Bezirke in Zukunft über alle Fragen mehr verständigen möchten. Kollege Reiß erklärte, daß auch der Nürnberger Bezirksvorstand beschlossen habe, den Münchener Bezirksvorstand zu den Bezirkstagen einzuladen. — Zu Vorsitzenden werden die Kollegen Gilden und Wassermann, zum Schriftführer Kollege Lungewitz gewählt.

Bei Punkt I, Bericht des Vorsitzenden, berichtet Kollege Wassermann, daß in eulichen Provinzstädten noch sehr traurige Verhältnisse bestehen. Löhne von 15 und 18 Mk. bei 10stündiger Arbeitszeit sind zu verzeichnen. Die betreffenden Kollegen wollen von der Organisation nichts wissen. Auf 2 Gehilfen kommen 3 bis 4 Lehrlinge, deren Ausbildung schlecht ist. Meistens werden dort Autographen gedruckt, wobei diese Leute nichts lernen können. Nach Be-

endigung der Lehrzeit müssen sie fort; sie gehen meistens nach den Großstädten und nehmen dort um jeden Lohn Stellung an. An die Firma Schmid in Landshut mußte öfters geschrieben werden, daß der Tarif eingehalten werden solle. Zur Agitation unter den Photographen wurden die örtlichen Gewerkschaftskartelle durch Rundschreiben um Bekanntheit der photographischen Ateliers und der Zahl der Gehilfen gebeten. Leider sind Antworten eingelaufen, die nicht erfreulich sind. Die Photographenagitation wird deshalb als gesonderter Punkt behandelt werden müssen. Die Bewegung in München kann keinesfalls als befriedigend und gelöst betrachtet werden. Der Berichterstatter bedauert, daß auf der Münchener Generalversammlung seiner Anregung, die bevorstehende Münchener Bewegung besonders zu behandeln, kein Gehör geschenkt wurde. Er ist nach wie vor der Ansicht, daß die Münchener besser abgeschnitten haben würden, wenn ihnen der Hauptvorstand freie Hand gelassen hätte.

Unter Punkt II berichtet Kollege Baumann über die Kasse und den Arbeitsnachweis. Die Einnahmen betragen 528,08 Mk., die Ausgaben 10,44 Mk., so daß ein Kassenbestand von 517,64 Mk. vorhanden ist. — An der Diskussion beteiligten sich alle Delegierten. Hauptsächlich wird der Arbeitsnachweis eingehend besprochen. Die Auskunfts- und Fragekarten werden für gut befunden. Leider stehen diese Vorschriften aber bloß auf dem Papier, da viele Kollegen das Auskunftsseinholen nur als Formalität bezeichnen. Die Münchener Delegierten beweisen durch mitgebrachtes Material, daß selbst leitende Kollegen an den Zahlstellen den Kollegen den Ratgaben, Stellung in München anzunehmen, trotzdem die Auskunft gar nicht mit dem Engagement übereinstimmt. Ein Kollege erhielt z. B. in einer Münchener Anstalt Stellung als Lithograph im Akkord; da wir aber in München Akkord durchwegs schon abgeschafft haben, erhielt der Kollege die Auskunft: »Auf keinen Fall auf Akkord anfangen.« Der Kollege erkundigte sich zuerst bei der Verwaltung seiner Zahlstelle, was er tun solle, und erhielt als Antwort: »Anfangen, trotzdem anfangen!« Noch mehrere solche Fälle wurden angeführt, über die die nächste Generalversammlung noch zu sprechen haben wird. Auf eine Anfrage, wie die Einzelrechnung der zugezogenen Kollegen in die Arbeitslosenliste erfolge, wird erklärt, daß dies nach der Länge der Arbeitslosigkeit geschieht. Zum Schluß zeigt Kollege Wassermann an der Hand einer in München aufgenommenen Statistik, daß die Redensart, die Münchener ziehen chinesische Mauern, nicht zutrifft. Nach der Statistik sind von 302 Kollegen 102 geborene Münchener; bis 1 Jahr sind 44, bis 2 Jahr 24, bis 4 Jahr 33, bis 7 Jahr 22, bis 10 Jahr 15 und länger als 10 Jahre 51 Kollegen in München.

Die unter Punkt III erstatteten Situationsberichte liegen teils gedruckt vor, teils werden sie von den einzelnen Delegierten in Kürze gegeben. In eine Diskussion wird nicht eingetreten.

Über Punkt IV, Akkord- und Heimarbeit, referiert Kollege Gilden. An der Hand reichlichen Materials schildert er die Gefahren der Heim- und Akkordarbeit. Er bekämpft entschieden, daß viele Kollegen durch Heimarbeit und Ueberstunden ihr Einkommen zu erhöhen versuchen, um besser leben zu können. Sie lassen dabei außer Betracht, daß ihre Gesundheit, das Familienleben und die Allgemeinheit der Kollegenschaft schwer darunter leiden. Er empfiehlt die Annahme seiner Resolution. — Kollege Müller geht eingehend auf die Schäden und erschreckenden Mißstände in den Postkartenlithographien ein und vertritt die Meinung, daß das Vertrauensmännersystem besser ausgearbeitet werden soll, dann werden wir ein tüchtiges Stück vorwärts kommen. — Hierauf fand folgende Resolution einstimmige Annahme: »Der heute am 11. April zu Augsburg stattfindende Bezirkstag hält es erneut für seine Pflicht, für Abschaffung der noch bestehenden Akkord- und Heimarbeit in unserem Berufe einzutreten.«

Bei Punkt V schildert Kollege Müller-München in trefflichen Worten die Anfänge der Lehrlingsorganisation und deren Fortgang. Die jungen Leute müssen durch Vorträge und ähnliche Veranstaltungen gebildet und erzogen werden. Vor allen Dingen müssen die Bibliotheken gut ausgestattet und nur gute Bücher angeschafft werden. Aus eigener Erfahrung, als Leiter der Münchener Lehrlingsabteilung könne er sagen, daß bei den jungen Leuten eine förmliche Lesewut herrscht, die durch gute Lektüre befriedigt werden muß, wenn wir die Jugend vor der schädlichen Schundliteratur bewahren wollen. — Kollege Härtel-Kaufbeuren wünscht, daß von den Großstädten geeignete Referenten nach den Provinzstädten entsandt werden sollen. Der Vorsitzende erklärt, daß der Bezirksvorstand dazu schon Stellung genommen hat.

Hierauf werden die Verhandlungen um 6 $\frac{1}{2}$ Uhr bis zum zweiten Osterfeiertag vertagt. — Am zweiten Verhandlungstage wird die Sitzung früh 8 $\frac{1}{2}$ Uhr durch Kollegen Gilden eröffnet.

Über Punkt VI, Agitation unter den Photographen, referiert Kollege Kalb-München. Er entwickelt seine Gedanken über diese Agitation, die er als sehr schwierig bezeichnet, da viele Photographen Meister-söhne sind und von einer Organisation nichts wissen wollen. Sie glauben, doch einmal selbständig zu werden. Er habe bereits in München Führung mit eulichen Photographen genommen, von denen er erfahren habe, daß in München traurige Verhältnisse

bestehen, noch trauriger mögen dann die Verhältnisse in den Provinzfäden sein. Wenn jeder seine Pflicht tut, dann werde sich aber doch etwas Ersparliches erreichen lassen. Notwendig ist hier die regste Kleinarbeit. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referates.

Zu Punkt VII: „Auf dem Wege zu einem Industrieverband.“ hat Kollege Wassermann das Referat übernommen. Er schildert im allgemeinen den Anfang der Gewerkschaftsbewegung, ihre rapide Entwicklung, die Gründung von gegnerischen Gewerkschaften, sowie die Schikanen, welche uns Behörden und Polizei machen. Trotz alledem konnte durch nichts das rasche, zielbewußte Vortwärtsschreiten der modernen Gewerkschaftsbewegung gehindert werden. Die Unternehmer gründeten deshalb Unternehmerorganisationen. Wir stehen jetzt einem gut koalitierten Unternehmertum gegenüber. Um diesem jederzeit gewachsen zu sein, müssen unsere Verbände stark ausgebaut werden. Verschiedene Industrien gehen deshalb schon daran, Industrieverbände zu gründen. Redner geht auf die Verhältnisse im graphischen Gewerbe ein, hebt hervor, wie grundverschieden diese sind und betont, es müsse unsere Aufgabe sein, danach zu streben, daß wir gleichmäßige Tarife erlangen. Er bezeichnet es als Hohn, daß viele Prinzipale Anhänger des Buchdrucker- und Chemigraphentarifs sind, während dieselben Herren von einem Tarif mit den übrigen Sparten nichts wissen wollen. Ferner führte er an der Hand vieler Beispiele aus, wie bei dem Ausbruch von Differenzen in einer Sparte die übrigen in Mitleidenschaft gezogen werden, ohne das Recht zu haben, mitzureden. Dies alles müsse den Angehörigen der graphischen Berufe die Augen öffnen und sie veranlassen, sobald als möglich daran zu gehen, einen graphischen Industrieverband zu gründen. Er hätte lieber gesehen, der Hauptvorstand hätte Wege gesucht und Erhebungen angestellt, ob es nicht möglich wäre, die vier großen graphischen Verbände zu einem zu verschmelzen, als die kleinen an uns anzugliedern. Er wisse wohl, daß bis zur Gründung eines graphischen Industrieverbandes noch viele Schwierigkeiten zu überwinden sind. Er glaube aber, daß man sich dadurch nicht zurückschrecken lassen dürfe, sobald man von der Notwendigkeit des Industrieverbandes überzeugt sei. Zum Schluß wünscht der Referent, die Vollführung dieses Gedankens möchte schneller geschehen, als wir erwarten. — Die Diskussion zeigte, daß diese Anregung keine Utopie, sondern aktuell ist. Wenn der Hauptvorstand nichts unternimmt, sollen auf der nächsten Generalversammlung diesbezügliche Anträge gestellt werden. Alle Redner erblicken in der Gründung eines Industrieverbandes einen Vorteil für uns.

Als Punkt VIII standen *Anträge und Verschiedenes* auf der Tagesordnung. Beschlossen wurde, daß der Bezirksvorstand in einer Versammlung in München gewählt werden soll. Das graphische Kartell in München unternimmt mit dem dortigen graphischen Gesangsverein einen Ausflug mit Extrazug nach Kaufbeuren, zu welchem die Augsburgs Kollegen eingeladen werden. Kollege Reiß-Nürnberg bekräftigt die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Arbeit beider bayerischen Bezirke und wünscht, daß wir auch auf dem nordbayerischen Bezirkstag vertreten sind. Kollege Wassermann dankt allen für ihre Mitarbeit und wünscht, auf dem nächsten Bezirkstag einen erfreulichen Bericht geben zu können. Hierauf wird der Bezirkstag um 12 1/2 Uhr geschlossen. Der nächste Bezirkstag findet in München statt. M. W.

Ortsberichte.

Dresden. In der am 24. April abgehaltenen Versammlung aller Filialen gab Kollege Leinen den Bericht über das 4. Quartal 1908 und den Jahresbericht. Da in hiesiger Zahlstelle Kollegen vorhanden sind, welche sich im Rückstände mit der Streik- und Extrasteuer vom Jahre 1906 befinden, wurde gegen 2 Stimmen beschlossen, in Zukunft in der Aufrechnung der Unterstützungen für Streik- und Extrasteuerreste noch schärfer zu verfahren als bisher. Unter Verschiedenem regt Kollege Reinhard an, unter dem dem Verband noch fernstehenden Photographen recht kräftig zu agitieren, damit alle in unsere Reihen eintreten möchten. Auch wird wegen der sich noch bei den Photographen befindlichen Bibliothek folgender Antrag angenommen: „Die Versammlung beschließt im Prinzip die Zusammenlegung der Verbandsbibliothek mit der Bibliothek der Photographenfiliale, beläßt sie den Photographen aber noch solange, als sie zu agitatorischen Zwecken von dieser Filiale noch gebraucht wird.“ Zum Schluß berichtete Kollege Leinen noch ausführlich über den Streik in der Firma Mittelbach-Kötschenbroda, und Kollege Lorenz über die Tarifbewegung der Chemigraphen in der Firma Stengel & Co.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Arbeitsmuster des Lithographen.

Es ist schon immer ein fester Brauch in unserm Berufe gewesen, daß der Lithograph, wenn er sich um eine Arbeitsstelle bewarb, „Muster“ (Abdrücke von selbstgefertigten Lithographen) vorlegen mußte, um Aufschluß über die Güte seiner Leistungen zu geben. Ein Lithograph, der diesem Verlangen nicht nachkommen konnte, hat unlegbar von jeher nur in sehr seltenen Fällen eine Beschäftigung gefunden. Wie tief dieser Brauch, daß der Lithograph seine Leistungsfähigkeit durch Arbeitsproben auszuweisen hat, in unserm Beruf eingewurzelt ist, ersieht man schon aus jeder Nummer unserer graphischen Offertenblätter. Man findet dort fast in jedem Stellenangebot die Bedingung besonders betont, daß der Bewerbende Arbeitsproben vorzulegen habe!

Infolge seiner Eigenart läßt es unser Beruf auch sehr leicht zu, daß der ihn Ausübende jederzeit über die Stufe seiner Geschicklichkeit durch Arbeitsproben einen Ausweis führen kann. Daß der Lithographie-Unternehmer, wenn er seinen Bedarf an Arbeitskraft decken will, von diesem günstigen Umstand Gebrauch macht, ist leicht begreiflich! Ist es ihm doch dadurch möglich, sich über die Qualität der ihm offerierten Arbeitskraft aus eigener Anschauung einen Begriff zu bilden. Er braucht sich nicht bei der Bemessung des Wertes der Arbeitskraft auf das Gutachten anderer Unternehmer, daß in sogenannten „Zeugnissen“ niedergelegt ist, zu stützen, wodurch er sehr oft irreführt werden könnte. Denn das Urteil eines andern in solchen Fragen, das doch immer eine persönliche Note trägt, ist nie verlässlich, es kann nie einen richtigen Maßstab bieten, besonders in der Lithographie, wo die Meinungen darüber, von welcher Güte wohl eine Arbeitskraft sei, sehr weit auseinandergehen können. Wenn sich der Lithographie-Unternehmer nun selbst durch vorliegende Arbeitsproben über die Qualität der ihm angebotenen Arbeitskraft genau orientieren kann, so genießt er gegenüber den Unternehmern anderer Berufe einen Vorteil, der nicht hoch genug eingeschlagen werden kann.

Für den Lithographen aber selber ist diese Möglichkeit, daß er durch Arbeitsproben jederzeit über den Grad seiner persönlichen Geschicklichkeit einen Nachweis führen kann, von hohem Werte. In der Lithographie, zu deren Erlernung besondere Anlagen erforderlich sind, welchen die Leistungen der einzelnen in bezug auf die Güte mitunter sehr weit von einander ab. Demgemäß ist auch die Bezahlung eine überaus unterschiedliche. Wohl nur in sehr wenigen andern Berufen ist eine solche große Schwankung in der Höhe der Löhne zu finden wie in der Lithographie. Und wie wollte nun ein Lithograph die Berechtigung einer höheren Lohnforderung begründen, wenn er nicht durch Arbeitsproben nachweisen könnte, daß der geforderte höhere Lohn tatsächlich seinen Leistungen entspricht? Es bliebe ihm sonst nur übrig, wenn er über die Stufe seiner Leistungsfähigkeit Aufschluß geben wollte, eine gewisse Zeit auf Probe zu arbeiten. Ob dies nun vorteilhafter für ihn wäre, ist doch sicher zu bezweifeln!

Weil für den Stellenbewerb in der Lithographie die Arbeitsmuster eine solch hohe Bedeutung haben, ist es deshalb sehr wohl zu verstehen, wenn der Lithograph immer darauf bedacht ist, Abdrücke von seinen gefertigten Lithographen zu erhalten. Die Unternehmer handelten aber auch aus den gleichen Gründen in ihrem eigenen Interesse, wenn sie solchem Verlangen stets bereitwillig nachkämen. Leider begreifen dies viele Unternehmer immer noch nicht!

Der Lithograph hat aber auch die Abdrücke von seinen Arbeiten zu seiner eignen Fortbildung nötig. Wenn er solche nicht erhält, ist es ihm nicht möglich, festzustellen, in welcher Weise er sich zu verbessern habe. Er arbeitet ins Blaue hinein, wodurch er schließlich jedes Interesse an der Arbeit verliert. Ein Lithograph, der in seinem Fache nach Tüchtigkeit strebt, will die Früchte seiner Arbeit sehen; er will öfters Einblick nehmen in seine bisherigen Arbeiten, um herauszufinden, in wieweit er in seinen Leistungen fortgeschritten ist. Kann er das nicht, so schwindet bei ihm die Strebsamkeit! Und daß die Arbeitsfreudigkeit und das Streben nach größerer Tüchtigkeit beim Lithographen erhalten bleibt, daran hätten, so meinen wir, die Unternehmer eigentlich das größte Interesse!

Viele Unternehmer sehen es auch ein, daß sie sich nur selbst nützen, wenn sie dem Lithographen Musterabdrücke ausliefern. Doch ist die Zahl derer immer noch sehr groß, die das nicht begreifen wollen, die auch nicht zugeben wollen, daß dem Lithographen nach allgemeinen Gewerbebrauch ein Recht auf Musterdrucke zusteht. Und das Bedauerliche bei der ganzen Sache ist, daß sich auch Gewerbeberichte finden, die diese irriige Meinung stützen.

So hat erst unlängst wieder, wie das Deutsche Steindruckgewerbe berichtet, das Gewerbegericht in Berlin einen Chromolithographen mit seiner Klage auf Schadenersatzanspruch wegen Nichtüberlassung von Musterdrucken abgewiesen. Das Gewerbegericht bestritt, daß in der Lithographie eine rechtliche Verpflichtung des Unternehmers zur Ueberlassung von Arbeitsmustern besteht. Das Gesetz schreibe so etwas nicht vor. Auch könne nicht anerkannt werden, daß in der Chromolithographie ein derartiger allgemeiner Gewerbegebrauch vorhanden sei. Es sei auch nicht zutreffend, daß der Lithograph bei der Bewerbung um eine Stelle immer Muster vorlegen müsse. Vielfach werde lediglich nur nach dem Inhalt der Zeugnisse gesehen.

Ein solches Urteil kann nur von Leuten gefällt werden, die von unserm Berufe keine blasse Ahnung haben. Es widerspricht in jeder Beziehung direkt den tatsächlichen Verhältnissen!

Da in der Arbeitsmusterfrage für die Arbeiter der gesetzliche Schutz gegenüber dem Widerstreben vieler Unternehmer immer fragwürdiger wird, so ist es tatsächlich sehr angebracht, wenn unser Verband jetzt versucht, die ganze Angelegenheit mit unsern Unternehmern vertraglich zu regeln. Eine solche Regelung gereichte beiden Teilen, den Unternehmern wie den Arbeitern, nur zum Vorteil. Tatsächlich haben auch schon in dieser Frage zwischen unserm Verband und dem Schutzverband Verhandlungen stattgefunden, die aber noch nicht abgeschlossen worden sind.

Selbstverständlich können die Vereinbarungen nur in dem Sinne getroffen werden, daß den Kollegen ein Recht auf Auslieferung von Musterdrucken von den Unternehmern offiziell zugesprochen wird. Auf die Erfüllung dieser Forderungen muß bestanden werden, denn an eine Abschaffung des in unserm Berufe so tief eingewurzelten Brauches, daß beim Stellenbewerb Arbeitsmuster vorzulegen sind, ist nicht zu denken; die Vorteile, die dieser Brauch bietet, sind eben zu gewichtig! Und wenn sich auch wirklich die Mitglieder des Verbandes Deutscher Steindruckereibesitzer verpflichten wollten, für die Folge beim Abschluß eines Engagements keine Arbeitsproben mehr zu verlangen, so ist damit doch lange noch nicht gesagt, daß dies alle übrigen Unternehmer gleichfalls tun würden. Außerdem sprechen ja auch noch so viele andre Gründe für die Notwendigkeit, daß den Kollegen Abdrücke von ihren Arbeiten verabfolgt werden.

Nun wurde aber in dieser Angelegenheit im Unternehmerorgan einmal der Vorschlag gemacht, daß alle Muster, die dem Arbeiter ausgeliefert werden, mit einem entsprechenden Vermerk der betreffenden Firma zu versehen seien. Offenbar soll mit dieser Maßnahme der Möglichkeit vorgebeugt werden, daß Kollegen bei der Stellensuche mit falschen Mustern hantieren. Gegen diesen Vorschlag, der ganz zweckmäßig erscheint, werden von Kollegen jetzt doch gewichtige Bedenken erhoben. Wenigstens wendet man sich dagegen, daß diese Kennzeichnung der Muster als allgemeine Vorschrift mit in das Abkommen aufgenommen werde und zwar deshalb, weil solche Anordnung geeignet sei, Mißhelligkeiten anderer Art nach sich zu ziehen. Man führt an, daß solche Vorschrift der Schererel wegen, die sie verursacht, schließlich doch nicht immer von jedem Unternehmer strikte befolgt würde, sicher aber nicht von den Unternehmern, die dem Einflusse des Schutzverbandes nicht unterstehen. Das müßte aber zur Wirkung haben, daß rechtlich erworbene Musterdrucke, die nicht den Firmenvermerk tragen, als falsch und unrecht erworben angesehen werden können. Aus diesen Gründen dürfte die vorgeschlagene Kennzeichnung der Musterdrucke nicht als Norm aufgestellt werden; es müsse auch fernerhin dem Belieben des einzelnen überlassen bleiben, wie er es hier handhaben wolle.

Diese Bedenken sind sicher nicht von der Hand zu weisen! Wir glauben aber auch, daß der Zweck, den man mit der Kennzeichnung der Muster verfolgt, auch schon dadurch erreicht wird, wenn in Zukunft von den Unternehmern das Recht der Kollegen auf Musterdrucke mehr respektiert wird. Einem Lithographen, der stets von seinen Arbeiten Abdrücke erhält, wird es schon aus eigmem Interesse nie einfallen, bei der Stellensuche fremde

Muster vorzulegen. Wenn heute mitunter Handlungen mit falschen Mustern vorkommen, so tragen hieran nur Schuld alle die Unternehmer, die wohl selbst bei jedem Abschluß eines Engagements Arbeitsmuster einfordern, solche aber nicht ihren Arbeitern ausliefern.

Uebrigens kann nur der Nichtfachmann durch falsche Arbeitsmuster getäuscht werden. Der Fachmann wird es stets herausfinden, wenn die vorgelegten Proben nicht alle von einer Person angefertigt sind.

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraven, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupferstecher u. -Drucker.

Ueber Lehrlingsausbildung

unter Berücksichtigung der in Leipzig eröffneten Fachlehranstalt für Chemigraven.

Ueberall sehen wir, daß die Gewerkschaften es sich angelegen sein lassen, die fachliche Ausbildung des Lehrlings zu fördern, da unsere Fortbildungsschulen nicht im entferntesten der Entwicklung der einzelnen Gewerbe Rechnung tragen. Allerdings sind auch Ausnahmen zu verzeichnen. So sind in einigen Fortbildungsschulen besondere Kunstgewerbeklassen für die Lehrlinge der graphischen Berufe eingerichtet, wo im besonderen der Zeichenunterricht unter Berücksichtigung des Berufes erteilt wird. Aber im Allgemeinen ist unser Fortbildungsschulunterricht eine Fortsetzung des in der Volksschule erteilten Unterrichts. Daher kommt auch die Abneigung eines großen Teils der Lehrlinge gegen die Fortbildungsschule, durch die dem Berufe, in dem der Lehrling seine ganze Zukunft sieht, nicht Rechnung getragen wird.

Aber außer den vorgenannten Gründen sind es noch ganz reale, die uns zwingen für eine bessere Ausbildung der Lehrlinge einzutreten. Denn das Lehrlingsverhältnis von heute ist mit dem des zünftigen Handwerks nicht zu vergleichen. Dort Ausbildung in theoretischer und praktischer Hinsicht, denn die Lehrlinge waren wieder Söhne von Meistern und sollten doch später der Zunft zur Zierde gereichen. Heute bildet man in den Großbetrieben den Lehrling zum Teilarbeiter aus und in den Kleinbetrieben sieht man in dem Lehrling nur die billige Arbeitskraft, die den Gehilfen ersetzen soll.

Alle diese Gründe treffen auch im chemigraphischen Gewerbe zu, denn auch hier bildet man den Lehrling nur für eine bestimmte Sparte aus. Noch vor fünf Jahren hatten wir genügend überschüssige Kräfte an Photographen und Strichzähner, die nicht im Verhältnis zur Nachfrage der Kopierer, Auto- und Farbenzähler standen; aber durch Einführung der Bestimmungen des ersten Tarif, daß die Photographen das Kopieren, die Aetzlehrlinge das Strich- und Autoätzen sowie die Zinkretusche, die Nachschneiderlehrlinge das Präsen und Rauten mit erlernen sollen, ist die Ausbildung unserer Lehrlinge eine vielseitigere geworden. Wenn man also in dieser Hinsicht von einem Fortschritt in praktischer Beziehung sprechen kann, so liegt doch das Theoretische vollkommen nieder.

Unser Gewerbe hat sich in ganz kurzer Zeit vom einfachen Handwerkerbetrieb, begünstigt durch die ununterbrochenen Erfindungen in der Reproduktion- und Drucktechnik, sprunghaft entwickelt. Eine Erfindung verdrängt die andere, um der Mitwelt von allem Geschehen so schnell wie möglich bildnerische Darstellungen zu geben. Dazu gewollte sich die Festsetzung von Minimalgehältern für Ausgelernte, die wieder ein bestimmtes Maß von Können voraussetzen, aber den Gehilfen durch die immer mehr steigende Intensität gar keine Zeit lassen, sich mit der Ausbildung der Lehrlinge zu befassen. Dies alles bedingt, daß man in den Kreisen der Unternehmer und Arbeiter sich immer mehr mit der Errichtung von Fachschulen, wo Theorie und Praxis Hand in Hand gehen, befaßt.

So wurde auch bei den Tarifberatungen der Chemigraven im September 1908 unter »Lehrlingswesen« folgender Absatz mit eingefügt: »In denjenigen Gruppen, bezw. in denjenigen Orten, in denen Fachschulen noch nicht bestehen, soll über die Errichtung solcher Fachschulen zwischen Prinzipalen und Gehilfen eine Verständigung herbeigeführt werden. Die Deckung der Kosten dieser Fachschulen ist von beiden am Tarifvertrage beteiligten Organisationen zu übernehmen.« Daß die Errichtung einer Fachschule gerade in Leipzig als der Metropole des Buchgewerbes eine dringende Notwendigkeit ist, darüber waren sich die beiden Organisationsgruppen einig, und nachdem die Vorarbeiten erledigt waren, konnte die Fachschule durch das dankenswerte Entgegenkommen des Vereins Leipziger Buchdruckereibesitzer am 30. April eröffnet werden.

Die Fachschule selber ist angegliedert an die Buchdruckerlehranstalt. Die Schüler sind von dem Fortbildungsschulunterricht befreit. Die Schulpflicht ist dreijährig mit wöchentlich 8 Stunden. In folgenden Fächern wird Unterricht erteilt: Dienstage 2 Std. Zeichnen, 1 Std. Chemie und Optik und

1 Std. Fachunterricht; Freitags Rechnen 1 Std., Deutsch 2 Std. und Fachunterricht 1 Std. Der Unterricht im Zeichnen und der Fachunterricht wird von Kollegen, die ein jahrelanges akademisches Studium hinter sich haben, der andere durch pädagogisch gebildete Lehrer erteilt. Der Fachunterricht selbst ist im ersten Jahr rein theoretisch, beschränkt sich aber nicht nur auf das chemigraphische, sondern umfaßt sämtliche graphischen Gewerbe. Im zweiten und dritten Jahre wird der theoretische Unterricht verbunden mit praktischen Arbeiten. Darum ist erst mit einer Fachklasse für die Ostern 1909 in die Lehre getretenen Lehrlinge begonnen worden, weil es erstens noch an den nötigen Erfahrungen mangelt, und weil zweitens die Einführung des praktischen Fachunterrichts noch längerer Vorarbeiten bedarf.

Unser Streben muß nun sein, daß aus diesen Anfängen sich etwas kräftiges entwickelt, daß sich an die Fachschulen für Buchdrucker und Chemigraven eine solche für Lithographen und Stein-drucker angliedert. Dann ist ein weiteres Stück Kulturarbeit in den graphischen Gewerben geschaffen worden. Das dies erreicht ist, ist vor allen Dingen der Gründung unserer Lehrlingsabteilung zu verdanken, die vielen gezeigt hat, wie wenig bisher die Unternehmer in der Lehrlingsausbildung getan haben.

Richard Köhler.

Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.). In der Mitgliederversammlung vom 6. Mai berichtete der Schriftführer einen Fehler, der ihm bei der Berichterstattung über die Ausführungen des Kollegen Hehr in der vorigen Versammlung unterlaufen ist, (siehe »Graph. Pr.« No. 17) und der bereits in No. 18 durch Kollegen Hehr selbst richtig gestellt wurde. Bei den darauf folgenden Aufnahmen neuer Mitglieder wurde die Debatte sehr lange ausgedehnt, daß es wieder nicht zum Abschluß der Aussprache über das Thema »Unsere letzten Vorgänge in Berlin« kam; die weitere Diskussion wurde auf die Juniversammlung vertagt. Während der Debatte über die Aufnahme eines Ueberläufers (Xylographen) wurde stark erregt, daß gerade ein Teil Kollegen den Anschluß des Xylographenverbandes an unseren Bund mit hintertrieben hat. Ueber das Hauptthema der Versammlung werden wir einen kurzen geschlossenen Bericht nach Abschluß der ganzen Angelegenheit bringen.

Leipzig (Lichtdr.). Die Mitglieder-Versammlung vom 30. April beschäftigte sich mit den letzten Vorkommnissen innerhalb unseres Berufes. Der Referent führte ungefähr folgendes aus: Auf dem Markte der Postkarte sind seit einigen Jahren große Veränderungen vor sich gegangen. Die einzelnen Herstellungsarten wurden je nach dem Geschmack des großen Publikums, welches ja in dieser Beziehung ausschlaggebend ist, mehr oder weniger bevorzugt. Einzelne Methoden wurden, weil ihre Produkte nicht den erhofften Abgang fanden, stillgelegt, andere wiederum dem Geiste der Postkarte dienstbar gemacht. Daß durch diese Umwälzungen auch die Produzenten in Mitleidenschaft gezogen werden, ist erklärlich, und wenn uns nicht alles täuscht, so stehen wir jetzt vor einer solchen Tatsache. Hervorgehoben wurde die große Ueberproduktion ist ein allgemeiner Preissturz vor sich gegangen, nicht nur in der Lichtdruck-Branche, sondern auf dem ganzen Gebiete der Postkarte. Die Folge davon ist, daß die Unternehmer sich nach Mitteln umsehen, um die Folgen des Preissturzes auf andere abzuwälzen. Wohin der Weg gehen soll, sagt uns das abgedruckte Rundschreiben an die Prinzipale in der »Graphische Presse«.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen besprach der Referent die Vorgänge am Orte. Die Neuestellungen sind in letzter Zeit bei verschiedenen Firmen bedeutend unter dem Durchschnittsniveau vorgenommen worden. Wenn die Kollegen fortfahren, sich in dieser Weise zu unterziehen, haben es die Prinzipale gar nicht nötig, die Löhne zu reduzieren, denn die vorgekommenen Einstellungen bedeuten ja schon den Lohndruck in Permanenz. Der Referent warnt deshalb die Kollegen, auf dieser Bahn weiter zu schreiten, um den Bemühungen der Prinzipale den Boden nicht noch mehr zu ebnen. Weiter kommt er auf den Arbeitsnachweis zu sprechen dessen Unzulänglichkeit er hervorhebt. Die Prinzipale halten sich nach Lage der Sache nicht für verpflichtet, den Arbeitsnachweis zu benutzen, trotzdem der Tarif-Ausschuß im vorigen Jahre der Regelung der Nachweissfrage durch eine Resolution zugestimmt hat. Unsere Aufgabe muß es sein, die Prinzipale, die fortgesetzt gegen die Bestimmungen der Resolution verstoßen, darauf aufmerksam zu machen, daß wir die Resolution als Teil des Tarifes, der durch die Annahme im Tarif-Ausschuß gesetzliche Gültigkeit erlangt hat. Des weiteren mußten wir uns beschäftigen mit den Vorkommnissen bei der Firma C. O. Röder. Bekanntlich hat sie schon bei Gründung der Lehrlingsabteilung den Lehrlingen den Eintritt in unsere Organisation verboten. Jetzt hat sie sich in dieser Angelegenheit selbst übertraffen. Als ein Lehrling, welcher kurz vor dem Auslernen stand, vom Faktor Wolf gefragt wurde, wie er es denn in Zukunft mit seiner Mitgliedschaft im gelben Verbands zu halten gedенke (die Lehrlinge sind größtenteils Zwangsmitglieder im gelben Verbands). Der Lehrling antwortete, daß er nicht genau wisse, ob er

ferner Mitglied bleiben würde, worauf ihm Herr Wolf entgegenete, daß er dann auch nicht genau wisse, ob er noch weiter Arbeit bei der Firma finden würde. Das ist jedenfalls das stärkste, was sich die Firma auf dem Gebiete des Terrorismus geleistet hat. Ein würdiges Gegenstück zu unserer ganzen Tarifgemeinschaft! Während man die Gehilfen bei jeder Gelegenheit, sei es bei Eintreten der Beiträge oder anderen Vorgängen, für die Interessen der Prinzipale zu engagieren versucht, gibt man sich auf der anderen Seite die größte Mühe, die Gehilfen, die von Rechts wegen in unser Lager gehören, in den gelben Verband hineinzuziehen. Aber auch von der gewerkschaftlichen Seite aus betrachtet, muß das Vorgehen tiefer gehalten werden. Wohl ist dem Arbeiter das Koalitionsrecht gewährleistet, wie es aber in Wirklichkeit aussieht, wenn er es anwenden will, das zeigt uns dieses Beispiel der Firma am allerdeutlichsten. Ob die Firma mit dem Vorgehen des Herrn Wolf einverstanden ist, wissen wir nicht, obwohl er in dieser Beziehung Generalmacht haben dürfte. Aber man kann diesen Herrn nur bedauern, denn er wird wohl die Früchte seiner Tätigkeit im Züchten von gelben Gewerkschaften niemals einheimen. Nach einem kurzen Rückblick auf die zur Neige gehende Tarifgemeinschaft und auf unsere fernere Zukunft schloß der Referent seine Ausführungen. In der Diskussion wurde hauptsächlich das Verhalten einiger Kollegen, welche den Weisungen der Auskunfts-karte keine Folge geleistet hatten, scharf kritisiert. Sie sollen vor das Agitationskomitee geladen werden. Ferner wurde auch die Art und Weise der Geschäftsführung des Nachweises kritisiert. Aus diesem Grunde sei es sehr leicht möglich, daß Verschlechterungen im Lohn eintreten können. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß sich bei der jetzigen Lage des Nachweises derartige Sachen nicht umgehen lassen. Da sich der Nachweissführer mit den einzelnen Kollegen meist brieflich verständigen muß, können sich solche Zustände leicht herausbilden. Die Verwaltung hatte sich schon aus diesem Grunde mit der Frage beschäftigt und ist sich schlüssig geworden, der Versammlung vorzuschlagen, die Kontrolle der Arbeitslosen nicht mehr durch den Beamten, sondern durch den Nachweissführer vornehmen zu lassen, damit ihm Gelegenheit geboten ist, mit den Arbeitslosen über Stellenangebote eine bessere Fühlung herbeizuführen. Die Versammlung stimmte auch dem Vorschlage der Verwaltung zu. Nach Regelung einiger internen Angelegenheiten und nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden nahm die Versammlung ihr Ende.

München (Chemigr.). Die Monatsversammlung vom 7. Mai ehrte zunächst zwei verstorbene Kollegen in der üblichen Weise. Sodann wurde nach Aufnahme eines Mitgliedes der Positivretuscheur Maull und der Kupferdrucker Neumayer ausgeschlossen. Mitgliederstand 408. Nach dem Rechenschaftsbericht und der Entlastung des Kassierers wurden an Stelle des Kollegen H. Wagner, der sein Amt als Kreisstellvertreter niederlegte, Kollege Stettner und in die Photographenkommission wegen Abreise der bereits gewählten Kollegen Abendroth und van Setten die Kollegen Fausel und Mechler gewählt. Aus verschiedenen Städten Norddeutschlands zugereiste Positivretuscheure beklagten sich über die Arbeitsverhältnisse einer hiesigen großen Firma, die sich sonst bei der Kollegenschaft eines guten Rufes erfreut. Geringer Lohn, viel Arbeit, angeblich schlechte Licht-, Raum- und Materialverhältnisse sind die wesentlichsten Punkte ihrer Beschwerden. Es wird beschlossen, diese Beschwerden auf ihre Richtigkeit zu prüfen und entsprechende Maßregeln zu ergreifen, um die übrige Kollegenschaft vor Enttäuschungen zu schützen. Ferner wird die Indolenz eines Teiles der Kollegenschaft kritisiert und zur Kleinarbeit aufgefordert, um das Solidaritäts- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu heben und zu stärken. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, Spartenversammlungen zu veranstalten, um im angeregten Sinne wirken zu können.

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Leinwand-, Wachstuch-, Zeug- und Seldendrücker. Arbeitsnachweissführer: C. Schubart, Berlin N. 30, Baastraße 26.

Mehr Energie!

Wenn man die in den letzten Jahren unternommenen Versuche zur Verbesserung unserer Lage, die doch stets der Hauptzweck unserer Organisation bleiben muß, Revue passieren läßt, so muß man, objektiv betrachtet, eingestehen, daß sie herzlich wenig von Erfolgen begleitet waren. Abgesehen von der geringen Lohnerhöhung bei dem Abschluß unseres Tarifs seligen Angedenkens, die, nebenbei bemerkt, längst wieder durch die Lebensmittelvertuerung und direktes Drücken der Löhne wett gemacht wurde, ist seit unserem großen Kampfe im Jahre 1900 nichts auf diesem Gebiete erreicht worden. Ja man muß ohne weiteres das bittere Eingeständnis machen, daß sich die Verhältnisse in unserem Berufe stetig verschlechtert haben und daß wir heute

wieder in bezug auf Arbeitsbedingungen usw. auf dem Standpunkte von damals angelangt sind.

Man hat kürzlich in der Kollegenschaft meiner Filiale über dieses Thema diskutiert und fast allgemein wurden die abnormen Verhältnisse in unserem Berufe dafür verantwortlich gemacht, daß wir trotz guter Organisation in dem Vorwärtsdrängen die größte Vorsicht üben müßten. Ich kann dergleichen Argumente nur bedingungsweise gelten lassen. Gewiß legen uns die unsicheren Verhältnisse in der Tapetenbranche eine gewisse Reserve auf; in vielen Fällen aber werden diese Einwürfe gemacht, um einem ernsthaften Eingreifen aus dem Wege zu gehen. Haben wir doch sehr gute Mitgliedschaften, die, ohne daß ein Eingreifen der Gesamtheit notwendig wäre, mit einem großen Teil unserer erbärmlichen Zustände aufräumen könnten. Eines nur bedarf es dabei: etwas mehr Kraft und Energie bei der Kollegenschaft! Eine Menne Anregungen zu Verbesserungen könnten in dieser Hinsicht unseren Kollegen gegeben werden. Mißstände, die geradezu nach Abänderung schreien und an der Lebenskraft unserer Gehilfen zehren wie eine schleichende Krankheit, ohne daß es dem einzelnen möglich wäre, Abhilfe zu schaffen, sind in ungeheurer Zahl vorhanden. Vor allen Dingen erscheint es notwendig, einmal die Arbeitsweise und Behandlung der Kollegen auf den Boden zu skizzieren und zwar selbst auf die Gefahr hin, von unsern Unternehmern der Propagierung der Faulheit bezichtigt zu werden.

Wohl nie sind unsere Prinzipale in der Wahl ihrer Mittel zur Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft verlegen gewesen; aber wie heute mit der Arbeitskraft der Kollegen Raubbau getrieben wird, spricht allem menschlichen und sozialen Empfinden Hohn. Es ist leider Tatsache, daß heute kein Gewerbe eine solche Intensität in der Beschäftigung aufweist, wie die Formstecherei. Dieses inständige Hasten und Anspornen zur Mehrleistung bietet man nur dem deutschen Formstecher. Immer und immer wieder tönt dem Gehilfen entgegen: »Sie müssen mehr leisten!« Nach der Qualität fragt man äußerst selten, die größtmögliche Quantität ist das höchste Ziel unserer Unternehmer. Verschwiegen soll allerdings auch nicht werden, daß Kollegen häufig genug dem profitgierigen Unternehmer in seiner Ausbeutung Vorschub leisten, indem sie die Arbeitsleistung ihrer Mitarbeiter in bezug auf Quantität noch um einige Prozent zu übertreffen suchen. Selbst intelligente Arbeiter wagen es selten, diesem Mißstand entgegenzutreten, vielleicht aus Furcht, fürderhin als »gute Arbeiter« in Verfall zu kommen. Der Prinzipal klopft dann vielleicht einzelnen »Besten« auf die Schulter, verspricht ihnen Lebensstellung und lacht sich im Geheimen über die Intelligenz der Gehilfschaft ins Fäustchen. Später allerdings, wenn auch diese »Besten« älter geworden sind, und nicht mehr die Zufriedenheit ihres Arbeitgebers infolge der äußerst hoch gespannten Leistungen erwerben können, sehen sie die Fehler ihrer »schlauhen Politik« ein.

Einen eklatanten Beweis für die Gemeingefährlichkeit der heutigen Arbeitsweise bietet uns die Krankenstatistik einer rheinischen Filiale, wonach sich eine bisher bei uns nicht gekannte Erkrankung und Auszehrung der Handmuskeln bemerkbar macht. Sie hat ihre Ursache in der übermäßigen Anspannung des Nervensystems und kommt begreiflicherweise bei den am meisten angestrengten Muskeln und Nerven zum Ausbruch. Nicht weniger als fünf solcher Fälle waren in einem Geschäft zu verzeichnen; diese Kollegen werden voraussichtlich niemals mehr in den Besitz ihrer gesunden Hände gelangen.

Zu all diesem Elend gesellt sich noch eine Behandlung, die man anderwärts nicht dem geringsten Arbeiter zuteil werden läßt. Singen, ja selbst Sprechen während der Arbeit ist zumeist verboten. Aufblicken von der Beschäftigung wird als Faulheit angesehen und der Gehilfe oft genug dieserhalb zur Rede gestellt oder, besser gesagt, angeschauet. Daß bei all diesem Treiben der Meister oder Aufseher dem Prinzipal willig zur Seite steht, versteht sich am Rande. Suchen doch zumeist solche »gehobenen« Elemente mit diesen Antreiberen den Befähigungsnachweis für ihre Posten zu erbringen. Leute, die auf Grund ihrer Talente derartige Posten beanspruchen, werden denn auch immer seltener; die untertänigsten Naturen haben die größte Aussicht, »etwas zu werden.«

Solche Zustände, die organisierten Arbeitern völlig unwürdig sind, machen sich fast überall, sowohl in der Fabrik wie Hausstecherei, breit. Sie sind weit gefährlicher als die offenen Angriffe der Unternehmer und um so bedauerlicher, weil die Gehilfschaft selbst ihr gut Teil Schuld hieran trägt, trotzdem sie mit Leichtigkeit bei einiger Energie und Kraft Abhilfe schaffen könnte.

Noch eine Anzahl anderer Uebelstände aber könnten ebenfalls bei gutem Zusammenarbeiten der auf den einzelnen Boden beschäftigten Kollegen beseitigt werden. Hier werden bis spät in die Nacht hinein Ueberstunden »geschoben«, ohne daß es einem Kollegen einfällt, einen auch noch so geringen Lohnzuschlag zu verlangen. Oder man greift sogar einige »Bevorzugte« heraus, die großmütig Ueberstunden machen dürfen, und erregt so zielbewußt Mißtrauen und Mißgunst der Kollegen untereinander. Dort ekelt der Unternehmer einen Kollegen, der freimütig für die Beseitigung von Uebelständen eingetreten ist, aus der Bude hinaus,

während seine Mitarbeiter, die doch das gleiche Interesse an der Aenderung haben, schweigend zur Seite stehen. Anderwärts wird die Arbeit hautenweise an Parasiten versandt, an Leute, die zumeist die Nähe organisierter Kollegen aus leicht begreiflichen Gründen meiden.

Die Aufzählung derartiger Uebelstände ließe sich noch beliebig vermehren. Ihr ungestörtes Fortwuchern zeigt zur Evidenz, wo wir den Hebel zur Verbesserung anlegen müssen; ihre Beseitigung kommt der Grundlage unserer Organisation zugute, indem sie Zusammenarbeiten und Vertrauen der Kollegen untereinander fördert. Sie erscheint zum mindesten ebenso notwendig, als Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit. Raffen wir uns also allerwärts zu energischer Abschaffung der geschilderten Uebelstände auf. Unsere neue Organisation wird uns bei etwa vorkommenden Differenzen eine gute Stütze sein. Dafür bürgt uns die weit-ausschauende Politik unserer Verbandsleitung.

Aus den Sektionen.

Altona-Ottensen. In der Versammlung vom 8. Mai widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Ernst David einen ehrenden Nachruf. Zur Aufnahme in der Lehrlingsabteilung des Verbandes hatten sich mehrere Druckerlehrlinge gemeldet. Da jedoch Bedenken gegen die Aufnahme laut wurden, soll erst der Hauptvorstand um seine Meinung gefragt werden. Diese jungen Leute sind verpflichtet, nach Beendigung der Lehrzeit den vollen Verbandsbeitrag zu zahlen. Ob sie aber dazu fähig sind bei den Löhnen von 12 bis 15 Mk., wie sie der eben ausgeleitete Drucker häufig bekommt, ehe er das Glück hat, eine Maschine zur selbständigen Leitung zu erhalten, das erscheint von vornherein ausgeschlossen. Leider ist ja ein einigermaßen auskömmlicher Minimallohn noch nicht erreicht. Ein Antrag, anlässlich der Malfei der Partei 10 Mk. aus der Lokalkasse zu überweisen, fand keine Mehrheit; man war der Ansicht, den verhältnismäßig geringen Kassenbestand möglichst zu schonen, um gegebenenfalls für Wahlagitator und Unterstützungsfälle in gewohnter Weise tatkräftige Hilfe leisten zu können. (Die Gewerkschaften benötigen, wie die Ausführungen über die Löhne der Ausgelernten zeigen, zur Erfüllung ihrer Aufgaben, zur Führung des wirtschaftlichen Kampfes alle ihre Mittel selbst. Daher sollte es ganz ausgeschlossen sein, daß Gelder einer Gewerkschaftsfiliale zu Spenden an die Partei oder zur Wahlagitator verwendet werden. Wenn derartige Gelder in Altona-Ottensen überflüssig sein sollten, mögen sie dem Kampffonds unseres Verbandes zugeführt werden, wodurch sie zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen nutzbringend angelegt sind. Zur Förderung der Partei und ihres politischen Kampfes kann jeder Kollege durch eigene politische Betätigung im Wahlverlein beitragen. Die Red.) Sodann wurde Beschwerde geführt über den schlechten Besuch der vom Fabrik-ausschuss vierteljährlich einberufenen Versammlungen der Arbeiter der Tapetenfabrik. Der Einwand, daß in diesen Zusammenkünften ohne Risiko kein offenes Wort geredet werden könnte, dürfte niemand zurückschrecken, dennoch für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse einzutreten. Auch der Arbeiterausschuß würde erst dann seine jetzige vollständige Bedeutungslosigkeit verlieren und das sein, was er sein soll, wenn die Masse der Arbeiter hinter ihm steht. Um die allzu häufig in den Monatsversammlungen Fehlenden, die bekanntlich immer dieselben sind, besser feststellen und an ihre Pflicht erinnern zu können, soll in Zukunft in jeder Versammlung eine Präsenzliste verlesen werden. Außerdem wird das gewonnene Material am Jahres-schluß statistischen Zwecken dienen können.

Leipzig. Die Maiversammlung war gemeinsam mit den Wachstuchdruckern und gestaltete sich besonders interessant durch den Vortrag des Kollegen Pfeifer über »Unternehmerverbände«. Der Referent führte aus: Es sind zwei Hauptaufgaben, die sich die Unternehmer stellen, erstens ihre Geschäftsvorteile zu wahren und zweitens den Arbeitern in ihren Freiheitsbestrebungen einen Damm entgegenzusetzen. Die erstgegründeten Organisationen nannte man Lieferungskartelle. Man wollte damit die Schmutzkonkurrenz beseitigen, was es aber nicht imstande und schritt zur Gründung von Preiskonventionen, wie eine solche der »Verein deutscher Tapetenfabrikanten« (Tapetenring) war. Aber auch hier war es möglich, sich gegenseitig im Preise zu unterbieten. Um auch dies aus der Welt zu schaffen, gründete man Verkaufsvereinigungen, sogenannte Trusts à la »Tiags«, die ja bekanntlich in Amerika in hoher Blüte stehen. Der Fabrikant kommt nun mit dem Händler gar nicht mehr in Berührung. Wie gemeingefährlich die Trusts werden können, sieht man deutlich am deutschen Kohlsyndikat, das die Kohlen bis zu einem Drittel des Preises billiger nach dem Auslande liefert als an deutsche Abnehmer. — Unter Gewerkschaftlichem mußte als beschämende Tatsache festgestellt werden, daß die bei Löhniker & Höhne beschäftigten Kollegen trotz Filialbeschlusses am 1. Mai gearbeitet haben. Auch ist der Versammlungsbesuch in letzter Zeit recht mangelhaft gewesen, was von großer Interessenlosigkeit zeugt.



Feuilleton.

Die Entwicklung der europäischen Gesellschaft.

I.
Der europäische Wilde.

(Schluß.)

Aber die Not der wiederkehrenden Eiszeit, die ja nicht plötzlich hereinbrach, sondern allmählich kam, zwang den Menschen zu weiteren Fortschritten. Seit Beginn des Diluvium konnte er mit der Pflanzennahrung, die im Tertiär noch so eine große Bedeutung für ihn hatte, nur noch in geringem Umfange rechnen. Im Vergleich zu der tertiären Vegetation war die des Diluvium doch zu armselig, um freiwillig dem Menschen so viel zu bieten, wie er zu seiner Ernährung bedurfte. Darum mußte der Diluvialmensch darauf bedacht sein, die Jagd ertragreicher zu gestalten. Das gelang ihm in der zweiten Zwischenzeit durch Erfindung mehrerer neuer Waffen. Zunächst entstand als Waffe im Nahkampf der Faustkeil, eine mandelförmige, scharfkantig zugeschlagene Steinwaffe, die der Mensch bequem in der Hand halten konnte, um mit ihrer geschärften Seite den Schädel des Gegners zu zertrümmern. Er mag sie wohl in der Hauptsache im Kampfe mit dem furchtbaren Höhlenbären gebraucht haben, mit dem er um den Besitz der Höhlen, die ihm sowie dem Bären als Wohnung dienten, ringen mußte. Gegen Ende der zweiten Zwischenzeit gelang dann die Erfindung des Dolches und des Wurtspeeres, also einer schon recht guten Waffe, die der winzige Mensch gegen das gewaltige Mammut, mit dem er Nachbarschaft hielt, geschleudert haben mag. Außerdem begann er in dieser Periode das Feuer zum Braten des Fleisches zu benutzen.

Von diesem Menschen des letzten Viertels der zweiten Zwischenzeit sind vor kurzer Zeit in Südfrankreich wertvolle Skelettreste gefunden worden, deren Alter auf 400 000 Jahre geschätzt wird; sie lassen unseren Ahnen noch immer als ein mehr tier- als menschenähnliches Wesen erscheinen.

Nicht viel vollkommener war der Mensch zu Anfang der dritten Zwischenzeit. Ihre Dauer schätzt man auf Grund von Berechnung-n der Geologen auf z. B. 200 000 Jahre. Sie wird in 2 Perioden geteilt, von denen die erste eine Wald-, die zweite eine Steppenvegetation aufwies.

In der Waldperiode hauste in Europa der bekannte Neandertalmensch, wie man ihn nach seinem ersten Fundplatz genannt hat. Gegenwärtig ist der Hauptfundplatz für Skelettreste dieser vorgeschichtlichen Menschenrasse eine Höhle bei Krapina in Kroatien. Die in dieser Höhle in großer Zahl gefundenen Knochen sind anscheinend die Ueberreste einer Kannibalenmahlzeit, was darauf hinweist, daß der Mensch, seinesgleichen zu schlachten und zu verspeisen, auch jetzt noch geübt wurde. Auch sonst haben wir es noch immer mit einem halb tierischen Wesen zu tun. So fehlt z. B. dem Unterkiefer des Neandertalers das Kinn gänzlich, sodaß angenommen werden muß, daß das Sprechvermögen dieser Menschen wenig ausgebildet gewesen ist. Die Verständigung zwischen den Angehörigen einer Horde, die notwendig war zum Zwecke des gemeinsamen Handelns, war auf dieser Stufe also nur durch Gebärden und unartikulerte Rufe möglich. Später entwickelte sich aus dieser Notwendigkeit der Verständigung die Sprache.

Als ein fortgeschritteneres Wesen tritt uns der Mensch der Steppenperiode der dritten Zwischenzeit entgegen. Die Steppenvegetation brachte eine Erschwerung der Jagd mit sich, denn sie machte es außerordentlich schwer, das Wild zu beschleichen. Dazu kam, daß das hauptsächlichste Jagdwild jener Zeit, das Wildpferd, bekanntlich zu den scheuesten Tieren gehört. Der Besitz einer guten Fernwaffe wurde also eine Lebensfrage für die Pferdejäger der dritten Zwischenzeit. Und so finden wir denn auch in den Schichten dieser Periode außerordentlich geschickt zugeschlagene Wurtspeerspitzen aus Feuerstein. Ferner finden sich Messer, aus deren Form geschlossen wird, daß sie bereits mit Holzgriffen versehen waren.

Sodann sind zahlreiche durchbohrte Muscheln und Knochenscheiben gefunden worden, die als Amulette gedient haben. Diese Tatsache aber erzählt uns von den ersten Keimen religiöser Vorstellungen. Sie hatten sich wahrscheinlich aus dem für jene primitiven Menschen unheimlichen Vorgang des Todes eines Mitmenschen ergeben, und bestanden in dem Glauben, daß der Geist des Verstorbenen fortlebe und schädlichen oder günstigen Einfluß auf das Schicksal der Ueberlebenden aus-

üben könne. Es mußte also etwas getan werden, um die schädlichen Geister nach Möglichkeit zu bannen. Und das geschah wohl durch das Umhängen bestimmter Amulette, die damit der Ursprung jeglichen Schmuckes wurden. Auch die Beerdtigung der Leichen im vollen Schmuck und mit Waffen aller Art versehen, wie sie nachweislich in dieser Epoche geübt wurde, gestattet den Schluß auf das Vorhandensein der ersten Keime eines Auferstehungsglaubens.

Vor allem aber läßt sich für die Menschen des letzten Abschnittes der 3. Zwischenzeit mit ziemlicher Sicherheit ein Fortschritt im geselligen Zusammenleben nachweisen: die Anfänge von Familien, die ständig beieinander blieben zu gemeinsamer Nahrungsbeschaffung, scheinen hier zu finden zu sein.

Oben haben wir von der Horde gehört, die zufällig zusammentraf und gemeinsam jagte; nach beendeter Jagd und Mahlzeit trennte sie sich nach Belieben. Innerhalb der Horde war der Verkehr der Geschlechter ein völlig zwang- und regelloser; das Gefühl der Eifersucht und der Begriff der Blutschande müssen ganz unbekannt gewesen sein. Eine spätere Entwicklung des Zusammenlebens traf zunächst in letzterem Punkte Änderungen. Sie hob zunächst den Verkehr zwischen Eltern und Kindern auf, um später auch den zwischen Geschwistern zu verbieten. Die Ehehe konnte man jedoch noch nicht. Vielmehr waren eine Anzahl weiblicher Personen die gemeinsamen Ehefrauen einer bestimmten Anzahl von Männern. Daraus ergibt sich die Unmöglichkeit der genauen Bestimmung des Vaters; die Mutter dagegen war stets bekannt. Auf ihre Pflege war auch das Kind allein angewiesen, denn der Vater, der ruhelos jagend umherstreifte, kümmerte sich nicht um dasselbe. Und daher mag es gekommen sein, daß jene Familien von festerem Zusammenhalt, die sich in der 3. Zwischenzeit gebildet haben, sich um eine Stammutter gruppierten. Zahlreiche Funde von Knochenstanzereien, die unzweifelhaft die Körper alter Frauen darstellen, gestatten diese Annahme. Jedenfalls hat der Mensch jener Zeit, dem ja religiöse Vorstellungen nicht mehr fremd waren, dem Geiste der verstorbenen Ahnfrau eine besondere Macht zugeschrieben, was ihn veranlaßte, ihren Körper nachzubilden und als Amulett oder Fetisch zu benutzen.

Eine größere Entwicklung erfuhr der Geisterkult im Verlauf der nun folgenden letzten Eiszeit, zu deren Anfang der Mensch hauptsächlich in Südfrankreich lebte. Später mag er dann dem zurückgehenden Elbe gefolgt sein, denn es finden sich auch in nördlicheren Gegenden Spuren seiner Existenz.

Die in der letzten Eiszeit sowie in einer langen Periode des Ueberganges zum Alluvium, auf die wir noch kommen, abgelagerten Schichten bergen eine Unmenge von Gegenständen, die nur dem religiösen Kult dienen haben können. Teils vereinzelt, teils in größerer Anzahl beieinander als Grabbeigaben sind Schnitzereien aus Knochen und Horn gefunden worden, die nur als Amulette oder Fetische zu deuten sind. Und zwar erhielten sie ihre Kraft, die Geister der Verstorbenen zu beschwichtigen, von solchen Stammesgenossen verliehen, die angeblich mit jenen Geistern auf besonders vertrautem Fuße standen und wußten, wie mit ihnen umgegangen werden mußte. Ein Vergleich mit heute noch auf der Stufe der Wildheit lebenden Völkern, bei denen der Fetischkult diesen Grad der Ausbildung erreicht hat, gestattet diese Annahme. Wir haben somit in diesen Zaubern oder Fetischpriestern die *Uranfänge einer Geistlichkeit* vor uns.

Weitere Vergleiche mit den Zuständen bei jetzt lebenden Völkern auf gleicher Entwicklungsstufe

lassen vermuten, daß bei den Europäern der letzten Eiszeit sich bereits lose zusammenhängende Stammesverbände gebildet hatten. Die Funktionen dieser Stammesorganisationen waren aber noch sehr geringfügig; wahrscheinlich beschränkten sie sich darauf, für die Durchführung der nach und nach entstandenen Ehebeschränkungen, von denen schon oben die Rede war, Sorge zu tragen, wie das noch heute bei den Australiern der Fall ist. Mit der Nahrungsbeschaffung hatte der Stamm gar nichts zu tun, sie war nach wie vor Sache der jetzt wahrscheinlich nach Verwandtschaftsgruppen organisierten Trupps, die das Wild gemeinsam jagten, die Beute aber auch gemeinsam verzehrten.

Die Art der Nahrungsbeschaffung war Jagd und Fischerei. Die letztere war erst möglich, seitdem man es verstand, erhitztes Wasser zum Kochen zu benutzen, da Fischkost in rohem Zustande ungenießbar ist. Als Mittel zur Ausübung der Jagd treffen wir wieder den Wurfspieß; neben ihm existierte die Harpune zum Fischfang. Außerdem aber finden sich in diesen Schichten die ersten Spuren von Bogen und Pfeil, also schon einer sehr stark zusammengesetzten Waffe. Sodann war den Menschen jener Epoche die Nadel bekannt, was auf das Vorhandensein eines ziemlich weitgehenden Bekleidungsbedürfnisses schließen läßt. Als Material für die Bekleidung standen unseren Eiszeitmenschen allerdings nur Felle zur Verfügung. Ihr Jagdtier war jetzt das Rentier, dessen Knochen und Horn neben dem Stein auch das Material zur Verfertigung von Waffen und Werkzeugen lieferte.

Als Wohnungen dienten dem Rentierjäger noch immer die Höhlen, deren öde, wassertriefende Wände er jedoch schon durch Malereien zu verschönern verstand. Bildliche Darstellungen von Tieren, von denen sich in südfranzösischen Höhlen bis auf den heutigen Tag Ueberreste erhalten haben, legen Zeugnis ab von einer sehr fortgeschrittenen Beobachtungsgabe. Der Schädel dieses vor 20000 Jahren in Europa lebenden Wilden zeichnete sich bereits durch eine schön gewölbte Stirn aus; seine Sprache war schon von ziemlicher Vollkommenheit. Wie diese nur durch das Wirken starker geselliger Triebe entstehen konnte, haben wir schon oben angedeutet.

Gegen Ende der Uebergangszeit von der Eiszeit zum Alluvium, der die Wissenschaft den Namen mesolithische Periode beigelegt hat, finden sich die Spuren einer tiefgehenden Änderung der Produktionsweise, nämlich Ueberreste von Getreidearten, von Haustieren und von Töpferwaren. Ackerbau und Viehzucht verdanken somit dieser Zeit ihre Entstehung in Europa. Mit ihrem Entstehen aber endigt die Periode der Wildheit, deren charakteristische Merkmale Jagd und Fischerei sind. Damit ist auch die ältere Steinzeit, die Zeit der behauenen Steinwerkzeuge abgeschlossen; die jüngere Steinzeit, die Zeit der geschliffenen Steinwerkzeuge, bricht an. Mit ihr beginnt für die Europäer die *Stufe der Barbarei*, die wir in den folgenden Artikeln betrachten werden.

Eingänge.

Die überlistete Polizei. Schwank in Reimen von Ludwig Lessen. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. 22 Seiten 16°. Preis 5 Rollen-exemplare 20 Pf.

Mit gutem Humor schildert der Verfasser, wie die Polizei durch besonders schnelles Vorgehen und hervorragende Intelligenz eines Beamten die sozialdemokratischen Flugblätter durch ihre Organe verteilen läßt, in der Meinung, »patriotische« Flugblätter zu verbreiten.

Der Lockspitzel Asew und die terroristische Taktik. Von Leo Deutsch. Uebersetzt von S. Grumbach. Verlag der Buchhandlung Volks-

stimme, Maier & Co., Frankfurt a. M., 37 Seiten 8^o, Preis 40 Pf.

Ungeheures Aufsehen, allgemeine Entrüstung der zivilisierten Welt löste die vor einiger Zeit erfolgte Entlarvung des russischen Polizeispitzels Asew aus, jenes Schurken, der, im Solde der russischen Polizei stehend, Verbrechen auf das Leben hochstehender Personen anzettelte, überwachte und seine angeblichen Freunde, die im Kampfe gegen den russischen Absolutismus stehenden Revolutionäre, an den Galgen oder nach Sibirien brachte. Man stand vor einem Rätsel. Wie war es möglich, daß jemand eine derartige Vertrauensstelle so lange in dieser Partei einnehmen konnte? An der Hand eines reichen Tatsachenmaterials zeigt uns Leo Deutsch die Einschleicherung dieses Spitzels in die Partei der russischen Terroristen, sein Doppelspiel, seine Entlarvung, und bespricht eingehend die sich für die Terroristen ergebenden Konsequenzen. Wie selten einer, ist Leo Deutsch beiuten, dieses Material zu behandeln; seine Broschüre wird für viele eine willkommene Gabe sein.

Vermischtes.

Ein Märtyrer der Röntgenstrahlen über seine Verletzungen. Die Wirkung der Röntgenbestrahlung auf die Knochen ist weitaus weniger studiert, als ihr Einfluß auf die mehr an der Oberfläche gelegenen Gewebe. Dr. Edward Hall, ein Forscher, der durch die schweren Folgen, die seine Arbeit im Dienste der Wissenschaft ihm am eigenen Leibe erfahren ließ, vor allen anderen dazu berufen ist, sich über die tiefer greifenden Veränderungen durch die Röntgenstrahlen auszusprechen, nimmt nunmehr in den Londoner Archiven für Röntgenstrahlen zu dieser Frage das Wort. Seine eigenen Hände haben ihm das Material geliefert, an dem er seine Erfahrungen gesammelt hat. Es liegt eine geradezu heroische Größe in den einfachen Worten, mit denen er zwei Röntgenogramme seiner Gliedmaßen beschreibt. »Das eine,« so sagt er, »ist wenige Tage vor der Amputation meiner linken Hand aufgenommen worden. Es zeigt mit größter Deutlichkeit die Verheerung und Zerstörung der Knochenmasse, die mir wie ein Blitzschlag ins Bewußtsein trat, als ich den ersten Blick auf das Bild zu werfen vermochte, obgleich die Art der Schmerzen, die ich empfunden hatte, mich auf gewisse Veränderungen vorbereitet hatte. Wenn ich zu meinen Freunden von diesen Schmerzen sprach, pflegte ich zu sagen, ich hätte die Empfindung, daß meine Knochen von Ratten benagt würden. Das ließ mich schon vermuten, daß die tiefer liegenden Gewebe angegriffen wären.« Der Verlauf des Leidens bis zu dem Augenblick, wo die Aufnahme gemacht wurde, war der folgende: Die Hauten zündung begann neun Jahre vorher und nahm ihren gewöhnlichen Verlauf, bis sich vor etwa drei Jahren zum erstenmal die Brauchbarkeit des Mittel-, Ring- und des kleinen Fingers vermindert zeigte. Diese Erscheinung nahm immer mehr zu, und die genannten Finger wurden endlich vollkommen unbeweglich und gebrauchsunfähig. Doch war der Tastsinn nur im geringen Maße in Mitleidenschaft gezogen. Nach weiteren zwölf Monaten war eine deutliche Verkümmerng festzustellen, und der Mittelfinger ließ Zeichen des Absterbens erkennen. Die Hand wurde nun in der Schlinge getragen. Die unerträglichen Schmerzen ließen die Amputation unvermeidlich scheinen. Wie es um das Knochengewebe stand, wurde erst festgestellt, nachdem die Operation beschlossen worden war. Der Zustand der Hand war furchtbar. Die Knochen der Fingerglieder schienen an manchen Stellen geradezu zersplittert und mit ihren Zacken in das umliegende Gewebe eingebettet. Im zweiten Glied des Mittelfingers war eine tiefe Höhlung ausgefressen, aus der die Knochensubstanz ganz und gar verschwunden war. Die rechte Hand, die dem unglücklichen Gelehrten gleichfalls abgenommen werden mußte, zeigte sich weit weniger augenfällig verändert. Gleichwohl hatte sie ihm in den Jahren seiner Pein die größeren Schmerzen verursacht, obgleich ihre Finger nicht gelähmt waren. Die Zerstörung der Knochen beruht nach Edward Halls Ansicht auf einer mittelbaren Wirkung, die auf den Einfluß der Bestrahlung auf die Nerven zurückzuführen ist.

■ ■ Stellenangebote ■ ■

Tüchtige Positiv-Retuscheure, Schwarz- u. Farbfätzer per sofort gesucht. **Gustav Dreher,** Graph. Kunstanst., Stuttgart.

Tüchtig. Fräser, der auch schrubben kann, sofort gesucht. Lohn bis 36 Mk. **Huch & Co.,** Berlin SW., Lindenstr. 3. Mehrere durchaus tüchtige **Farbfätzer und Drucker** finden sofort Stellung bei **Meisenbach, Riffarth & Co.,** Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 7. 8.

Zinkretuscheur

absolut selbständige Kraft, der das Körnen und Tangieren beherrscht, zum baldigen Antritt gesucht. **Richard Labisch & Co.,** Graph. Kunstanstalt, Berlin O. 27, Schicklerstr. 6.

■ ■ Verschiedenes ■ ■

Bei **Ausflügen, Herrenpartien** usw. nach **Potsdam und Umgegend** empfehle ich allen Kollegen und Bekannten mein **Weiß- und Bayrisch-Bierlokal.** Vereinszimmer steht zur Verfügung. Vereine bitte ich um vorh. Anmeldung. **Paul Thäter, Nowawes** b. Potsd., Grenzstr. 8, am Schloßpark Babelsberg.

Fachliteratur.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie. Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.
Der praktische Umdrucker. Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Der Aluminiumdrucker (Algraphie). Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Technischer Ratgeber für die Fabrikation von bedruckten Blechballagen und Plakaten. Von H. Bucher. Preis inkl. Porto 2,10 Mk.
Zu beziehen durch den Verlag von **Conrad Müller, Schkeuditz.**
Trostlos Augenkr. u. Blind. erhalt. un-entgeltl. Rat. 20 Pf. f. Unkost. erbet. **A. Herzog, Gera-R.,** Blücherstr.

„**Bronsol**“.

Der neue Farbenzusatz zum Bronzedruck gibt feststehende glatte Bronze auch bei schlechten Papieren und ist sehr sparsam im Gebrauch. Kilo Mk. 4,—.

„**Matt-Lack**“.

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme. **F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Berthastr. 13. 11.**

Chiffre-Inserate

finden auch unter der Rubrik Stellensuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. **Die Expedition.**